Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

67 (9.2.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige, Inserate 20 Pf. im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 9. Februar 1900.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

143. Sitzung vom 8. Februar.

Haus und Tribünen sind sehr gut besetzt.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, Tirpitz, Graf Bülow, Frhr. v. Thielmann, v. Goßler u. A.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Novelle zum Flottengesetz.

Staatssekretär **Tirpitz:** Zur Begründung der Schaffung einer stärkeren Flotte für Deutschland haben die historischen Ereignisse der letzten beiden Jahre eine so deutliche Sprache geredet und so aufklärend gewirkt, daß die Nothwendigkeit der Verstärkung in allen Kreisen unseres Vaterlandes anerkannt worden ist. Die Flottengegner und Flottenfreunde unterscheiden sich bei uns nur wesentlich darin, daß die Ansichten auseinandergehen über den Umfang und das Tempo der Verstärkung und über die Form, in der sie erfolgen soll.

Die Gründe für die Verstärkung lassen sich in wenig Worte zusammenfassen. Der Abstand zwischen der maritimen Stärke unseres Landes und derjenigen einzelner fremder Länder ist so groß, daß die Verbündeten Regierungen darin eine erhebliche Gefahr erblicken, und zwar ist diese Gefahr um so größer, als die wirthschaftliche Konkurrenz jener Länder nach menschlichem Ermessen in den nächsten Jahrzehnten noch zunehmen wird. Wenn man die Frage einer Verstärkung der Marine voll würdigen will, so muß man sich zunächst klar darüber werden, daß sich Kriegsmarinen nicht improvisiren lassen, sondern daß ihre Herstellung vieler Jahre bedarf. Es ist klar, daß sie sich am allerwenigsten improvisiren lassen in der Stunde der Gefahr, und mit dieser Thatsache muß unsere Nation rechnen. Die Herstellung einer Kriegsmarine bietet Schwierigkeiten in vielfachen Beziehungen, vor allem auch in der Materialfrage. Die Schiffe lassen sich nicht aus der Erde stampfen. Dazu gehören große Werftanlagen und Hafeneinrichtungen, die eine lange sorgfältige Arbeit im Frieden nöthig machen. Wenn man daher die Frage vollständig übersehen will, so darf man nicht nur die augenblickliche Weltlage, in der das Vaterland sich zur Zeit befindet, berücksichtigen, sondern man wird auch die voraussichtliche Entwickelung zukünftiger Beziehung ins Auge fassen müssen. — Ist man sich über die Frage der Verstärkung an sich klar, so handelt es sich weiter darum, in welcher Richtung man denn mit dieser Verstärkung vorzugehen habe. Ich habe früher schon dem Hause erklärt, daß wir nicht wissen können, gegen welchen Gegner unsere Flotte einst in den Kampf zu gehen haben wird. Der gefährlichste Kriegsfall wird für Deutschland der sein, wenn wir die Kräfte unserer Armee nicht verwenden können. Nach dem Ausbruch eines solchen Krieges nützt uns ausschließlich eine starke Schlachtflotte. Reicht die Thatsache des Bestehens einer starken Schlachtflotte nicht aus, um den Krieg zu verhindern, so würde die Schlachtflotte uns ermöglichen, die Lebensader unserer Weltwirthschaft nach den Küsten wenigstens offen zu halten. Man hat vielfach eingewandt, wir sollten die Richtung der Entwicklung unserer Flotte nicht in der Schlachtflotte suchen, sondern in der Entwicklung unserer Kreuzer-Marine. Die Herren, die dafür plaidiren, denken nicht an die geographische Lage unserer Küsten, an der Nordsee, wo sie einen Winkel bilden, und an der Ostsee, wo sie ein Binnenmeer umschließen helfen. Wenn es den Kreuzern auch wirklich gelingt, die feindlichen Linien zu passiren, so fragt es sich doch, wie werden sie sich verhalten, wenn sie auf den Ozean hinauskommen, wo das eigentliche Gebiet ihrer Thätigkeit liegt. Wie sollen sie dort die Prisen besetzen und wie sollen sie Kohlen an Bord nehmen? Wenn sie die Prisen besetzen wollen mit eigener Mannschaft, so werden sie bald entblößt sein und die Prisen werden voraussichtlich nie den Hafen erreichen. Kohlen an Bord zu nehmen, würde ihnen fast ganz unmöglich sein, weil wir keinen Stützpunkt besitzen. Und was geschieht während dieser Zeit mit unseren Küsten? Der Feind würde sie mit Leichtigkeit blockiren, unsern Seeverkehr abschließen und unsere Weltwirthschaft auf das schwerste schädigen können. Entwickeln wir dagegen unsere Flotte nach der Richtung der Schlachtflotte, so wird der Feind, ehe er zur Blockade oder gar direkt zum Angriff auf unsere Küsten schreitet, die Flotte erst niederkämpfen müssen, und je stärker die Flotte ist, um so schwerer und gefährlicher wird das für ihn selbst werden. Er wird vor die Frage gestellt sein, ob denn das Geschäft die Kosten, das heißt das Risiko auch wirklich werth ist, und er wird sich voraussichtlich mit uns arrangiren. Endlich ist eine Schlachtflotte der beste Schutz, den wir unserm Handel angedeihen lassen können. Man darf sich auf diesem Gebiete keinen Illusionen hingeben. Wenn wir einmal in einem Kriege sind, so würde es eine mißliche Sache sein, wenn unsere Handelsschiffe draußen auf dem Weltmeere ungeschützt blieben. In dieser Hinsicht ist eine starke Schlachtflotte nicht nur das beste, sondern das einzige Schutzmittel für unseren Welthandel, das es giebt.

Ich komme nun zu der Vorlage selbst. Ihr Inhalt deckt sich mit den Erklärungen, die seitens der Regierungen in der ersten Etatsberathung abgegeben worden sind. Der Entwurf lehnt sich an das letzte Flottengesetz an. (Rufe: lauter!) Er erweitert den Sollbestand und als Konsequenz die Indienststhaltung. Von dem jetzigen Flottengesetz bleiben bestehen der Ersatzparagraph, die Grundsätze, auf denen die Personalstärke sich aufbaut, und das Verbot, im Falle die Einnahmen des Reichs nicht ausreichen, den Mehrbedarf durch den Massenverbrauch belastende Steuern zu decken. Der Schlußparagraph des alten Gesetzes in Betreff der Bereitstellung der erforderlichen Mittel ist zwar gegenstandslos geworden, er hat aber aus formalen Gründen nicht gestrichen werden können, denn erstens bezieht er sich nur auf das Gesetz, nicht auf die Novelle, und zweitens enthält die Novelle keine gesetzliche Verpflichtung zur Bewilligung bestimmter Jahresraten. Ich glaube damit das Verhältniß der Novelle zu dem Gesetz ausreichend gekennzeichnet zu haben (Lachen links). Was die materielle Seite der Vorlage betrifft, so werden die Herren schon aus der Begründung entnommen haben, daß es sich im Wesentlichen darum handelt, eine zweite Schlachtflotte neben die erste zu setzen. Die beiden Schlachtflotten sind von einander ebenso unabhängig wie etwa zwei Armeekorps. In sich ist jede Schlachtflotte vollständig gleichmäßig gegliedert und organisirt. Bezüglich der Anzahl der Schiffe, aus denen sich die Schlachtflotten zusammensetzen, ist die Höchstziffer genommen, die nach unseren Erfahrungen von einer Stelle aus und von einer Person geleitet werden kann. Insofern stellt jede Flotte ein Maximum an Kraft dar, sie stellt aber zugleich auch das Minimum dessen dar, was für den Führer nothwendig ist, um, wenn er seine höchste Kraft einsetzt, in den Status der Ueberlegenheit zu gelangen. Demgemäß kann es sich bei einer Verstärkung unserer Marine nur um eine Verdoppelung handeln. — Es wird jetzt nur noch zu prüfen sein, ob denn diese Verdoppelung, die dem Hause vorgeschlagen wird, ausreicht (Bewegung), ob dadurch insbesondere diejenigen Gefahren beseitigt oder doch ausreichend vermindert werden, welche im Flottengesetz von 1898 noch keine ausreichende Berücksichtigung erfahren haben. Da dieser Nachweis eine Vergleichung der verschiedenen Marinestärken nöthig macht und auch nicht ohne Erörterung von Operationsfragen geführt werden kann, so behalte ich ihn mir für die Berathungen in der Budgetkommission vor. — Die Nothwendigkeit der Vermehrung der Auslandsschiffe wird ja im Allgemeinen anerkannt. Ein zahlenmäßiger Nachweis, wie er bei der Schlachtflotte geführt ist, läßt sich hierbei nicht geben. Da es aber für die Aufstellung des Planes von sehr großer Wichtigkeit ist, mit bestimmten Zahlen zu rechnen, so sind auch die Zahlen der Auslandsschiffe angegeben worden, und zwar ist sowohl eine Vermehrung der großen Kreuzer vorgesehen worden, wie auch eine Vermehrung der kleinen Kreuzer um die Hälfte. Besondere Rücksicht hat auf die Ersatzbauten genommen werden müssen, für deren Herstellung ein Zeitraum von sechzehn Jahren erforderlich ist. Die Fertigstellung sämmtlicher Neubauten wird zwanzig Jahre beanspruchen. Die aufzunehmende Anleihe wird sich für diese zwanzig Jahre im Ganzen auf 800 Millionen belaufen. Das ergiebt einen Jahresdurchschnitt von 40 Millionen, zufällig dieselbe Zahl, die in dem jetzt vorliegenden Etat pro 1900 für Marinezwecke vorgesehen ist. Besonders ist es auf Widerspruch gestoßen, daß die Kosten der Novelle durch Anleihen aufgenommen werden sollen. Ich glaube, man hat dabei ganz vergessen, daß man, so lange unsere Marine besteht, die Mehrzahl der Neubauten stets durch Anleihen aufgebracht hat. Es scheint mir daher nicht richtig, in dem Augenblick, wo eine solche beträchtliche Vermehrung der Flotte stattfinden soll, mit diesem Prinzip zu brechen. Bezüglich der Deckung wird der Staatssekretär des Reichsschatzamts Ihnen die näheren Mittheilungen machen. Hinsichtlich der gesetzlichen Festlegung der Verstärkung der Flotte ist eine eingehende Begründung sowohl nach der administrativen als auch nach der politischen Seite hin der Vorlage beigegeben, so daß ich mich nicht dazu zu äußern brauche. Die Verstärkung der Flotte, wie sie die Vorlage festsetzt, wird ganz erhebliche Ansprüche an die Aufnahmefähigkeit und Entwickelungsfähigkeit der Marine stellen. Aber nachdem einmal ein festes Ziel statuirt ist, werden die Schwierigkeiten, die in der Ausführung selbst liegen, geringer sein, als bei der Unsicherheit des von der Hand in den Mund Lebens. Auch der einzelne Mensch muß, wenn er etwas Großes erreichen will, ein festes Ziel ins Auge fassen und unentwegt verfolgen.

Die verbündeten Regierungen, durchdrungen von der Nothwendigkeit dieser Flottenverstärkung, wie sie in der Vorlage zum Ausdruck kommt, haben sich verpflichtet gefühlt, schon zwei Jahre nachdem das hohe Haus eine erhebliche Verstärkung bewilligt hat, wieder mit einer neuen Forderung an Sie heranzutreten. Ich hoffe, daß die Herren sich davon überzeugen werden, daß diese Verstärkung nothwendig war und daß der dafür gewählte Zeitpunkt der richtige ist. (Vereinzelter Beifall rechts).

Abg. Dr. **Schädler** (Ctr.): Der Staatssekretär hat seinen Vortrag mit den Worten eingeleitet, daß bezüglich der Nothwendigkeit einer starken Flotte keine Meinungsverschiedenheit herrscht und daß die Ansichten nur über die Zahl der Schiffe und über das Tempo auseinandergehen. Auch wir halten eine starke Flotte für nothwendig, aber wir dürfen darüber nie vergessen, daß unsere Stärke auf dem Lande liegt (Sehr richtig! im Centrum), wir dürfen auch nicht außer Acht lassen die Leistungsfähigkeit unseres Volkes, und wir müssen immer daran denken, daß wir nicht allen Feinden zugleich die Spitze bieten und demgemäß nicht, wie die Ersten zu Lande, auch die Ersten zur See sein können, sondern daß auf diesem Gebiet unserer Diplomatie ein weites und großes Feld offen steht, von dem wir nur wünschen können, daß unser auswärtiges Amt und deren Leiter es in derselben fruchtbaren Weise bebauen wie bisher. (Beifall im Centrum) Gewiß hat der Staatssekretär damit Recht, daß man keine Flotte improvisiren kann, aber eben deshalb müssen wir ruhig überlegen, wie wir dieselbe bauen sollen. Wir haben den Vortheil für uns, daß wir auf dem Boden einer Vorlage stehen, auf einem Plane, den die verbündeten Regierungen selbst vor zwei Jahren als völlig genügend und ausreichend bezeichnet haben. (Sehr richtig! im Ctr. und links). Der Staatssekretär hat darauf hingewiesen, daß die verbündeten Regierungen so sehr von der Nothwendigkeit der neuen Vorlage überzeugt sind, daß sie trotz der Vorlage von vor zwei Jahren schon jetzt damit an das Haus kommen. Der Staatssekretär hat von den verbündeten Regierungen gesprochen, es wäre dem gegenüber vermessen, überhaupt die Frage zu stellen, ob denn alle verbündeten Regierungen dieser Anschauung gewesen sind. Wohl aber scheint es so, als ob bezüglich des Zeitpunktes der Einbringung der Vorlage die Einigkeit der verbündeten Regierungen noch nicht sehr alten Datums sei. Denn als nach dem 18. Oktober 1899, nach der bekannten und viel besprochenen Rede in Hamburg, die auch im „Reichsanzeiger" abgedruckt ist (Heiterkeit), verschiedentlich eine gewisse wilde Begeisterung — von wem angefacht und mit welchen Mitteln unterhalten, braucht hier nicht untersucht zu werden — aufloderte zur Vergrößerung und Verstärkung unserer Flotte, da schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": „Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist der Marine-Etat für das Jahr 1900 abgeschlossen und hält sich im Rahmen des Flottengesetzes. Für das Etatsjahr 1900 ist eine Novelle zum Flottengesetz nicht in Aussicht genommen." (Hört, hört! links und im Centrum.) Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg." kennt sich sonst so ziemlich gut aus, und sie erfährt auch, wenn es zweckdienlich erscheint, was in höheren Regionen vorgeht. Nun muß sie entweder schlecht unterrichtet gewesen sein, oder aber es war die Frucht noch nicht reif, oder aber man dachte noch nicht an einen weiteren Ausbau oder aber die verbündeten Regierungen waren sich noch nicht klar über die Nothwendigkeit, oder aber die Ordre war noch nicht eingelaufen. (Heiterkeit.) Ueber die vertraulichen Besprechungen des Staatssekretärs mit verschiedenen Industriellen im vorigen Sommer will ich hier nicht reden. Hier haben wir es mit der vorliegenden Novelle zu thun. Noch im Januar 1899 hatte der Staatssekretär in der Budgetkommission die Erklärung abgegeben: „Da eben in der Kommission der Wunsch nach einer Erklärung der verbündeten Regierungen noch einmal an mich herantritt, so erkläre ich ausdrücklich, daß an keiner Stelle in irgend einer Weise die Absicht hervorgetreten ist, einen großen Flottenplan vorzulegen, daß im Gegentheil bei allen in Betracht kommenden Stellen die festeste Absicht besteht, das Flottengesetz auszuführen und die darin vorgesehene Limitirung inne zu halten." (Hört! hört!) Um dieselbe Zeit hat der Staatssekretär weiter erklärt: „Wenn wir eine Flotte haben werden, die dieser Stärke entspricht, dann schaffen Sie Deutschland eine Seemacht, gegen die offensiv an unseren Küsten vorzugehen selbst eine Seemacht ersten Ranges dreimal sich bedenken würde. (Hört, hört!) Sie schaffen eine Flotte, welche ein erhebliches Gewicht zur Sicherung des Friedens in die Wagschale werfen kann. Sie schaffen vom militärischen Standpunkt aus für die Stellung Deutschlands im europäischen Konzert einen Machtfaktor, der 1904 aufgehört haben wird, eine quantité négligeable zu sein." Und heute diese Novelle, die nichts mehr und nichts weniger inaugurirt als die Schaffung der Weltflotte als Unterlage der Weltpolitik durch Verdoppelung unserer Flotte und Bindung auf fast 2 Dezennien hinaus! Und das während der Dauer des Sexennats und vertreten von dem nämlichen Staatssekretär im Marineamt, der sich bei der Berathung der letzten Vorlage geäußert hat: „Ja, binden sich denn die verbündeten Regierungen nicht auch?"

Nach all den feierlichen Versicherungen im Herbst 1898 und im Februar 1899 hätte man doch erwarten können, daß wenigstens bis zum Ablauf des Sexennats an der getroffenen Vereinbarung festgehalten werden würde. (Zuruf des Staatssekretärs Tirpitz.) Der Staatssekretär sagt, ich solle die Fortsetzung seiner Rede lesen. Ich thue das. Es heißt da: „Ist es nicht erforderlich, daß, wenn man eine andere Flotte schaffen wollte, die verbündeten Regierungen und die Marineverwaltung zu einem ganz neuen Gesetz den Beweis liefern müßten, daß diese Grundlage für die Flotte falsch, und daß eine neue Grundlage erforderlich ist?" (Hört, hört!) Hier handelt es sich aber nicht um eine neue Grundlage, sondern nach den offiziellen Ausdrücken um eine neue Novelle. (Heiterkeit). Bei der Bewilligung von 1898 war der Gedanke für uns mitbestimmend, daß nach Annahme derselben auf diesem Gebiete Ruhe geschaffen sei, wenigstens für die nächsten sechs Jahre. (Zustimmung im Centrum.) Es wurde das ausdrücklich von uns betont, und gerade deshalb ist es angezeigt, darüber zu diskutiren, was der Staatssekretär selbst als diskutabel bezeichnet hat. Die Novelle liegt vor nach bereits zwei Jahren und an der betreffenden Vereinbarung ist nicht festgehalten worden. Nun möchte ich einmal den umgekehrten Fall setzen: Was hätte es wohl für eine Entrüstung gegeben, wenn umgekehrt der Reichstag eine Herabsetzung der im Gesetz von 1898 vorgesehenen Ausgaben verlangt hätte? (Sehr gut! links und im Centrum.) Ich beneide den Staatssekretär nicht um die Vertretung einer Vorlage, die seine früheren Versicherungen so gründlich desavouirt, wie diese. Gewiß ist das ein Beweis des Muthes und des Opfersinnes (Heiterkeit links), aber der Staatssekretär wird es auch sehr begreiflich finden, daß man seinen Ausführungen jetzt mit doppeltem Mißtrauen gegenübersteht (sehr richtig! im Centrum und links), nachdem der Tirpitz von vor zwei Jahren durch den Tirpitz von heuer so gründlich desavouirt worden ist. (Sehr richtig.) Vor zwei Jahren versicherte man uns, es handele sich um einen Abschluß, man sei zu diesem Abschluß gekommen, die Regierung habe die Summe ihres Wissens, ihrer Erfahrungen und ihres Könnens seit zehn Jahren zusammengefaßt und in der damaligen Vorlage uns den Extrakt davon geboten. Nun, heute ist das, was vor zwei Jahren Meisterarbeit war, nur noch eine ganz kleine Leistung, die ganz gründlich korrigirt werden muß! Ja, muß denn da nicht sofort der Gedanke entstehen, daß das, was heute schon einer Korrektur unterzogen wird, nach abermals zwei Jahren einer noch gründlicheren Korrektur unterzogen werden muß? Daß freilich der Staatssekretär Tirpitz dann nochmals seine beneidenswerthe Rolle übernehmen wird, das glaube ich nicht. Aus dieser Wandlung der Anschauung in den berufensten Kreisen ergiebt sich aber von selbst, daß wir mit größten Vorsicht einer neuen Vorlage gegenübertreten, zumal einer solchen, wie sie sich uns hier präsentirt. Schon die Form, in der sie erscheint, hat etwas eigenartiges. Es sind drei ganz niedliche Paragraphen. In ihnen ist nur das Ziel enthalten, die Flotte zu verdoppeln. Bezüglich der Kosten sind wir auf die Motive verwiesen. Wie steht es mit dem Limitirungsparagraphen, wie mit dem § 8 des jetzigen Gesetzes, der bestimmt, daß wenn in einem Etatsjahre die Neuausgaben 117½ Millionen übersteigen und die eigenen Einnahmen des Reiches zur Deckung des Mehrbedarfs nicht ausreichen diese nicht durch Vermehrung oder Erhöhung der indirekten, den Massenverbrauch betreffenden Steuern gedeckt werden dürfen? Wie nun, wenn die Ausgaben darüber hinausgehen, wie wenn die eigenen Einnahmen des Reiches nicht mehr ausreichen? Darüber steht in der Vorlage nichts. Es sind das eben Fragen, die einer Aufklärung bedürfen. Der Staatssekretär hat schon angedeutet, daß er über einzelne Fragen nähere Aufklärung zu geben bereit sei, in der Budgetkommission, er hat damit einen Weg angedeutet, gegen den meine Freunde durchaus nichts haben. Die Vorlage bedarf einer gründlichen Prüfung.

Daß die Begründung reichlich und erschöpfend ausgefallen sei, kann man nicht sagen. Besonderes Neues findet sich darin nicht. Wenn man sie liest, kann man auf den Gedanken kommen, daß sie nicht blos auf eine Verdoppelung der Flotte eingerichtet ist, sondern auch für eine Verdreifachung ausreichen würde. Da darf man sich auch nicht wundern — der Appetit kommt ja bekanntlich mit dem Essen — daß der Privatdozent Dr. von Wenckstern bereits über die Vorlage hinaus wiederum sofort eine neue Flotte verlangt, wobei er allerdings trotz der vielen Flottenverträge, die im deutschen Reich gehalten worden sind und werden mit einem fieberhaften Eifer, dem deutschen Volke das Kompliment macht, daß es wahrscheinlich heutzutage in Deutschland nicht viel mehr als 200 bis 300 Männer gibt, welche die Nothwendigkeit einer noch weiteren Flottenverstärkung einsehen. (Heiterkeit). Es gewinnt fast den Anschein, als ob die wahren Motive der Vorlage zu suchen sind in dem, was einst der frühere Staatssekretär Hollmann ausgesprochen hat, der in der Budgetkommission sagte: „Wir wollen hinaus auf die hohe See, wir wollen den Feind auftreiben in seinen eigenen Gewässern". (Sehr gut! bei den N.-L.). Die Herren sagen „Sehr gut." Sie dürfen aber nicht blos die eine Seite berücksichtigen, denn nicht nur darum handelt es sich, sondern auch noch um etwas mehr. Demgegenüber muß ich sagen: Solchen Kurs können wir nicht steuern. Wir wollen den Schutz unseres Seehandels und unserer Kolonien, wir wollen keinen sprunghaften, sondern einen ruhigen Ausbau der Flotte, der aber auch Schritt hält mit der Entwicklung unserer Verhältnisse und mit unserer Leistungsfähigkeit. (Beifall im Centrum.) Das war auch der Grund, aus dem der größte Theil meiner Freunde dem Gesetz von 1898 zugestimmt hat. Was hat sich denn innerhalb dieser letzten zwei Jahre so Besonderes ereignet? Wir haben uns darüber ja bereits unterhalten in der Generaldebatte im Dezember, es ist also nicht mehr nothwendig darauf zurückzukommen. Auch der Aufschwung des Seehandels rechtfertigt nicht eine solche Flotte. Dafür fehlt uns jeglicher Anhalt, und schon deshalb verlangen meine Freunde die eingehendste und sorgfältigste Prüfung in der Kommission, ehe sie sich endgiltig entscheiden.

Wir stehen, um die Worte des Mannes zu gebrauchen, den wir schmerzlichst vermissen und für dessen Wiedergenesung seine Freunde die heißesten Wünsche zum Himmel senden, des Mannes, der so schmerzhaft leidet, des Abg. Dr. Lieber, wir stehen vor einem völligen Umsturz des Flottengesetzes von 1898. Diesen Umsturz können wir nicht mitmachen, und ich darf deshalb im Namen meiner sämmtlichen politischen Freunde erklären: Wir sind für das Gesetz in der Form und dem Umfang, wie es uns hier vorliegt, nicht zu haben. (Zustimmung im Centrum.) Die Wasserpatrioten draußen und die Kathedermarinisten (Heiterkeit) würden ja wohl zum Theil ebenso freudig der Vorlage zustimmen, wenn es sich um 200 Ge-

schwader handelte, als wenn es sich nur um zwei handelt. Das wissen wir ja bereits, und darüber hat auch Herr Schweinburg etwas geplaudert, daß es einem Theil derselben auch darauf ankommt, ihren Patriotismus umzumünzen (Sehr gut! links und im Centrum). In Wirklichkeit ist der Zuwachs, den die Flotte durch die Vorlage erhalten soll, ein ganz enormer, garnicht vergleichbar mit dem vom Jahre 1898. Im Jahre 1898 betrug die Vermehrung 7 Linienschiffe und 9 Kreuzer. Die Kosten beliefen sich auf 202 805 000 Mk.; diesmal werden gefordert 19 Linienschiffe und 23 Kreuzer, die Kosten betragen 801 Millionen über das Gesetz vom Jahre 1898 hinaus. Vor zwei Jahren enthielt der Flottenplan etwa 8000 Mann Vermehrung an Mannschaften und Offizieren, der neueste Plan verlangt weitere 30 000, das ist eine Gesammtsteigerung von 17 000 Mann im Jahre 1897 auf 55 000 Mann im Jahre 1920. (Hört, hört!) Die Jahresausgaben steigen von jetzt 133 Millionen auf 341 Millionen im Beharrungszustand. Das zeigt am besten den Umfang der jetzigen Vorlage. Und selbst wenn die beabsichtigte Steigerung erreicht wird — sind wir dann vollständig gerüstet und gewappnet oder werden nicht andere Länder auch das Ihrige thun und, da es sich bei ihnen unter Umständen um ihre Existenz handelt, das Letzte daran setzen und zu einer weiteren, viel stärkeren Vermehrung ihrer Flotte schreiten, der wir nicht nachkommen können? (Sehr gut! im Ctr. und links.)

Ueber die Aufbringung der Kosten verlangen wir noch nähere Auskunft. Geld ist keins da; die Schuldentilgung ist schon von 50 auf 13 Millionen gesunken, nächstes Jahr wird kaum mehr etwas da sein, um Schulden zu tilgen. Die Reichseinnahmen sind nicht im Steigen, sondern im Rückgang begriffen, die Einnahmen aus den Zöllen allein sind seit dem 1. April 1899 um 14 Millionen zurückgegangen, und wenn nicht alles trügt, ist die schöne Zeit der Ueberschüsse dahin, und wir stehen vor einem Defizit. Die Vorlage nimmt es freilich mit der Deckungsfrage sehr leicht. Es sollen vorläufig 769 Millionen Schulden gemacht werden. Und wenn die erwarteten Mehreinnahmen ausbleiben — was dann? Dann wird nichts übrig bleiben, als noch weiter Schulden zu machen. Zu Anleihen in solcher Höhe zu greifen, erscheint doch nicht angängig. Gewiß haben wir auch früher zu Anleihen gegriffen, aber dabei handelte es sich doch nie um solche Posten, wie jetzt. Thatsächlich handelt es sich um einen großen Millionenpump. Aber es ist Pflicht auch des größten Gemeinwesens, bei so exorbitanten Ausgaben für die Deckung vorher zu sorgen. (Sehr richtig! im Centrum). Am besten wäre es, derartige Bedürfnisse aus laufenden Einnahmen zu bestreiten, wir sind, wie bereits der Abgeordnete Dr. Lieber ausführte, **nicht bereit**, die ganzen 800 Millionen durch Anleihen zu decken. Wer das Gesetz will, der muß auch die Mittel wollen und die neuen Steuern bewilligen, um die Vorlage ausführen zu können. Die Deckungsfrage, um die die Regierung so elegant herumgeht, ist gerade die Hauptfrage, sie muß erst gelöst werden, ehe man sich auf Weiteres einläßt. (Zustimmung im Ctr.). Denn darüber dürfen wir uns keinem Zweifel hingeben, daß das neue Gesetz unausführbar ist ohne Bewilligung von mindestens 100 bis 120 Millionen neuer Anleihen. Neue Anleihen aber, wer soll sie tragen? Die neuen Steuern müssen die Interessenten tragen und die leistungsfähigen Schultern. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Diese müssen Gelegenheit erhalten, ihren Patriotismus auch praktisch zu bethätigen, und sich nicht etwa zu drücken oder gar einheimsen zu wollen. Nach Allem, was man draußen beobachtet, sehnen sie sich förmlich danach. (Sehr richtig! im Centrum.) Die arme Landbevölkerung, der Arbeiter, der von seinem kärglichen Lohne leben muß, darf nicht zu den Ausgaben für derartige Projekte herangezogen werden. Es wäre das ein bitteres Unrecht. Die Landwirthschaft hat schon genug zu leiden, auch ohne das Gesetz, das ihr wiederum Tausende von Arbeitskräften entzieht. (Sehr wahr!) Das gilt auch gegenüber den Klagen, wie sie nicht zu Unrecht vorgebracht sind, über die immer größer werdende Leutenoth. Bezüglich der Deckungsfrage sind verschiedene Vorschläge gemacht worden. Man spricht von einer Reichserbschaftssteuer. Ich begreife, daß deswegen die Finanzminister der Einzelstaaten etwas in Sorge sind um ihre heimischen Budgets. Allerdings wäre diese Sorge besser früher gekommen, dann wäre die Vorlage wohl nicht so glatt und nett, wie es geschehen ist, durch den hohen Bundesrath gekommen. Weiter sind andere Vorschläge gemacht: Biersteuer, Tabaksteuer u. s. w. Auch die Monopol-Meierei erscheint wieder auf dem Tapet. (Heiterkeit.) Ich habe keinen Grund, weiter darauf einzugehen. Ich sage nur: So lange die Deckungsfrage nicht gelöst ist, ist an eine Behandlung dieser Projekte nicht zu denken. Und zwar muß diese Frage gelöst werden — auch da spreche ich wieder im Namen meiner Freunde, insbesondere auch derjenigen, die der Flottenfrage freundlicher gegenüberstehen — indem die leistungsfähigen Schultern herangezogen und die schwachen entlastet werden. (Zustimmung im Centrum.) Ich betone das um so mehr Angesichts der bekannten, vom Herrenhause am 28. April 1898 angenommenen Resolution Mirbach, die sich dagegen erklärt, daß der Reichstag sich künftig gegen die Aufbringung der für solche Zwecke nothwendigen Mittel durch indirekte Steuern festlegt. Nach dieser Resolution sollen wir also auch im gegebenen Fall nicht auf direkte Steuern zurückgreifen, sondern auf indirekte, also die Masse der Bevölkerung belastende, die Reichen schonende Steuern. Dieser Resolution gegenüber mache ich besonders darauf aufmerksam, daß, wenn irgendwie eine Hoffnung bestehen soll, etwas zu erreichen, gleichzeitig positiv die Deckungsfrage gelöst sein muß, aber nicht im Sinne der Resolution Mirbach. (Zustimmung im Centrum.)

Diese Bedenken rechtfertigen sicherlich die **Ueberweisung** der Vorlage an die **Budgetkommission**. Wir wissen sehr wohl, daß auch jetzt wieder ein Hagel von Geschossen auf uns niedersausen wird, wir wundern uns darüber nicht, denn die Flottenbegeisterung läßt sich nicht eindämmen. Wir wundern uns auch nicht, wenn die alten Ladenhüter wieder hervorgeholt werden von einem Mangel an Verständniß, von einem Mangel an Vaterlandsliebe. Das ficht uns nicht an. Wir sind daran gewöhnt, wir kennen unsere Pflicht gegen unser Vaterland und gegen unser Volk. Wir wollen eine ernstliche, gründliche, reifliche Prüfung der Frage. Wir stehen vor einer der schwierigsten und weittragendsten Fragen in politischer, volkswirthschaftlicher und finanzieller Beziehung. Man hat auch bereits das Gespenst der **Reichstagsauflösung** erscheinen lassen. Gespenster sind nicht furchtbar bei Tage, die Auflösung fürchten wir nicht. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Na, na!) Wir können ja die Probe darauf machen und dann wollen wir sehen, ob Ihr „na na!" noch so zweifelnd klingt. Wir sind nicht Gegner einer Flotte; wir wissen, was wir der deutschen Flagge zu verdanken haben. Aber nicht allein darum handelt es sich, sondern auch darum, was wir zu leisten im Stande sind. Wir haben einen Leitstern, das ist unsere Pflicht, wir haben auch in dieser Frage nur ein Ziel, das ist das Wohl des Ganzen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. **v. Levetzow** (kons.): Die Vorlage ist gewissermaßen eine Resolution mit einem daran angefügten Programm; eigentlich haben wir es garnicht mit einem Gesetz zu thun. Ob alle verbündeten Regierungen damit einverstanden sind, darauf kommt es nicht an, wir sind auch nicht immer einig. Wenn wir auch immer eine kontinentale Macht bleiben, so müssen wir doch eine starke Flotte haben. Eine Flotte, wie sie die großen Seemächte haben, verlangen wir allerdings nicht, ebensowenig wollen wir eine sprunghafte Vermehrung. Ich komme aus einem armen Lande und weiß, wie schwer jede Mark Steuer dem kleinen Mann fällt. Ich gehe deshalb nicht leichten Herzens an diese Vorlage heran. Aber wenn wir stets in großen vaterländischen Fragen nur die finanzielle Seite berücksichtigt hätten, wären wir nicht so weit gekommen, wie wir jetzt sind. Dreierlei aber hilft mir über die finanziellen Bedenken hinweg. Einmal wollen wir unter allen Umständen die Machtstellung des Vaterlandes aufrecht erhalten. Dann müssen wir unsere Angehörigen in fremden Ländern schützen und auch unsere Kolonien. Auch unsere Bündnißfähigkeit wird vermehrt, wenn wir unsere Flotte verstärken. (Sehr wahr! rechts.) Die Vorlage enthält nur ein Programm, das jedes Jahr vom Reichstag oder von den Regierungen geändert werden kann. Bei jeder Etatsberathung können wir beschließen, ob wir die Ausgaben für die Marine verringern oder erhöhen wollen. Deshalb will ich die Deckungsfrage jetzt nicht weiter berühren. (Lachen links.) Oder halten Sie es für zweckmäßig, jetzt schon für zehn Jahre Steuern zu bewilligen? Nein, Steuern muß man nur im Augenblick des Bedürfnisses bewilligen. Wer die Deckungsfrage in den Vordergrund stellt, der beschwert damit die Vorlage. (Sehr richtig! links, große Heiterkeit.) Wenn wir nur zum Schutze unseres Handels und unserer Industrie eine starke Flotte bewilligen, so dürfen wir doch nicht vergessen, welche Bedeutung eine prosperirende Landwirthschaft hat. (Sehr richtig! rechts.) Leider befindet sich die Landwirthschaft in einer gewissen Dekadenz. Alle Verständigen in meiner Partei erstreben die Hebung der Landwirthschaft, aber auch die Hebung von Handel und Industrie. Es mag auffällig erscheinen, daß die Regierung schon jetzt mit einer Aenderung des Gesetzes von 1898 kommt. Aber dies kann meine Freunde nicht abhalten, das zu bewilligen, was sie für gut halten. Die ganze Frage hat ja nur eine formale Bedeutung. Die Regierung hat die Vereinbarung von 1898 doch nicht gebrochen, sie fragt doch nur den Reichstag, ob er das Gesetz ändern will. (Heiterkeit.) Thatsächlich haben sich die Verhältnisse in den beiden letzten Jahren verändert, unser Seehandel hat bedeutend zugenommen und in anderen Ländern ist der Imperialismus sehr stark gewachsen.

Meine Freunde stehen in ihrer allergrößten Mehrheit der Vorlage sympathisch gegenüber und sind mit der Ueberweisung an die Budgetkommission einverstanden. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. **Frohme** (Soz.): In keiner Frage noch hat ein so großer Wechsel der Ansichten der Regierungen stattgefunden, wie in der Flottenfrage. Bald sind Panzer, bald Kreuzer, bald Torpedos das Wichtigste. Dann wieder wird gesagt, daß der Nordostsee-Kanal allein eine Flotte werth ist, und bald heißt es, der Nordostseekanal nütze nichts, wir bedürften einer neuen Panzerflotte. Die Marineausgaben sind beständig gestiegen, dazu kommt noch die kolossale Steigerung des Militärbudgets. Der größte Umschwung in den Meinungen aber datirt seit 1896, da hieß es auf einmal, Deutschland sei ein Weltreich geworden, unsere überseeischen Interessen müßten weit mehr als sonst geschützt werden. Bei der letzten Flottenvorlage wurde uns gesagt, die verbündeten Regierungen selbst seien gebunden, also sei eine neue Vorlage ganz ausgeschlossen. Dann aber setzte die Thätigkeit der Flottenagitation ein. Aus einer plötzlichen Eingebung heraus ist diese Vorlage nicht hervorgegangen. Nein, offen sei es gesagt, schon 1898 haben die verbündeten Regierungen die bewußte Absicht gehabt, die Konsequenzen weiter zu ziehen. Unsere Flottenagitation ist sehr häßlich. Die Agitatoren berufen sich ständig auf den Willen eines Monarchen, sie sind byzantinisch, was Majestät will, geht ihnen über ihre eigne Ueberzeugung, sie wollen sich nur bei Hofe lieb Kind machen. Offen sprechen sie es aus: Ihr Bundesfürsten, Ihr Reichstag, Ihr alle seid nichts, nur das gilt, was der Kaiser will. Sie wollen also, daß nur der etwas zu sagen hat, der nach der Verfassung nur dazu bestimmt ist, den Willen des Reichstags auszuführen. Vor zwei Jahren hat der Staatssekretär gesagt: „Wenn Sie das Gesetz annehmen, so schaffen Sie Deutschland eine Flotte, gegen die offensiv vorzugehen sich selbst eine Flotte ersten Ranges dreimal bedenken würde. Sie schaffen einen Moment mehr für den Weltfrieden." Und heute? Heute gab uns der Staatssekretär eine förmliche Schilderung einer Seeschlacht und stellte es so dar, als ob wir in kurzer Zeit schon einen Seekrieg hätten. Wenn irgend wo im Ausland irgend einem Deutschen ein Unrecht geschieht, dann will man immer ein Kriegsschiff dahin schicken. Aber von dem Unrecht, das dem armen Manne in Deutschland selbst geschieht, davon redet keiner, dafür hat man keinen Kreuzer und keine Entrüstung übrig. Die Vorlage wird ganz sicher neue Steuern nöthig machen und zwar werden es wieder indirekte Steuern sein, die eine neue Belastung des armen Mannes bedeuten. All die schönen Phrasen von der Belastung der starken Schultern bedeuten gar nichts, wenn es an die Praxis geht. Die am meisten begeistert für die Flotte sind, die haben ein materielles Interesse daran, die wollen sich daran bereichern, die Lasten aber wollen sie wieder auf die Armen abwälzen. Die Weltmachtspolitik bringt dem Frieden die größten Gefahren und zwar werden es wieder die Armen sein, die den größten Schaden davon haben. Die Ehre des deutschen Namens wird nicht durch solche Politik, sondern durch ehrliche Arbeit im Auslande gestärkt. Meine Freunde werden daher die Vorlage entschieden ablehnen. Sollte es zu einer Auflösung kommen, so ist meine Partei die letzte, die das bedauern würde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Bassermann** (nl.): Herr Abg. Schädler, der Vertreter der größten, ausschlaggebenden Partei, hat in seiner Rede einige allgemeine Sätze gebraucht, die dahingingen, auch wir wollen eine starke Flotte. Dies können auch wir unterschreiben. Weiter führte er aus, unsere Stärke beruht in erster Reihe auf dem Landheer. Auch diesen Satz unterschreiben wir. Auch wir wünschen nicht, daß wegen der Marine-Interessen eine Vernachlässigung der Interessen unseres Landheeres eintritt. Dann sagte er noch, wir wollen, daß bei diesem Beginnen Rücksicht genommen wird auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung. Das wollen wir auch, darin sind wir vollkommen mit ihm einig, daß, soweit neue Kosten erwachsen, Rücksicht genommen wird, daß die schwächeren Schultern nicht getroffen werden. Dies gilt besonders von Konsumartikeln, die auf die breiten Massen entfallen. Wenn Herr Dr. Schädler aber sagt, die Regierung verlangt von uns, daß wir eine Flotte schaffen, die der Flotte der größten Seemächte gleich ist, so kann ich diesen Satz nicht unterschreiben. Der Ausbau des Flottengesetzes von 1898, den diese Vorlage darstellt, ist herausgewachsen aus der der Thatsache der Entwickelung unserer maritimen Interessen und nicht getragen von der Tendenz, auch unsererseits eine Flotte zu schaffen, die der größten Flotte der anderen Staaten gleich ist. Herr Schädler sagte dann, er hätte gehofft, daß nach Verabschiedung des Gesetzes von 1898 nunmehr Ruhe eintreten würde, und daß wir wenigstens für die Dauer des Septennates mit weiteren Forderungen verschont blieben. Diese Ruhe konnte aber schon aus dem Grunde nicht eintreten, weil es sich herausgestellt hat, daß die Mittel, die durch das Gesetz von 1898 zur Verfügung gestellt waren, nicht ausreichten, um die Flotte in dem Umfange der Vorlage herzustellen.

Ich habe in den Ausführungen des Herrn Schädler und nicht minder in denen des Herrn Frohme ganz die Würdigung der großen handels- und sozialpolitischen Gesichtspunkte vermißt, von denen die Regierung bei dieser Vorlage ausgegangen ist, die großen Gesichtspunkte für unseren Handel, unsere Industrie, für die Aufrechterhaltung unseres Exports eine unbedingte Nothwendigkeit ist. Es war nicht zu erwarten, daß heute bei der ersten Berathung dieses Gesetzes eine Entscheidung, oder auch nur eine Klärung der Sachlage stattfände. Wir wußten im voraus, daß die Sozialdemokraten, die freisinnige und die süddeutsche Volkspartei, jedes Gesetz, das eine Bindung enthält, ablehnen würden. Wir wußten, daß die Rechte bereit sei, für eine Stärkung der Flotte einzutreten, und wir wußten ferner, daß die Entscheidung beim Centrum liegt, und daß heute eine Erklärung abgegeben würde, die in keiner Weise eine Bindung enthielte, weder in Hinsicht auf die Bewilligung des Gesetzes, noch hinsichtlich der Deckungsfrage. Die Ausführungen des Herrn Schädler klangen nicht grade entgegenkommend. Immerhin sind **die Brücken nicht abgebrochen** worden. Aus seinen Ausführungen war doch das Eine heraus zu hören: dies Gesetz wollen wir nicht, aber vielleicht ein anderes, eine Umgestaltung desselben, unter Herbeiziehung einer positiven Lösung der Deckungsfrage. Wir werden abwarten, wie die Budgetkommission, an die das Gesetz ja unbedingt verwiesen werden muß, arbeiten wird, und wir werden abwarten, ob wir dann nicht seitens des Centrums Worte hören, die wesentlich freundlicher lauten als die heutigen.

Der Abg. Frohme hat es heute so dargestellt, als ob die ganze Stimmung für die Flotte nur hervorgegangen sei aus der Sucht byzantinischer Persönlichkeiten, aus ihrem Bestreben, sich nach oben lieb Kind zu machen. Nein, meine Herren, so liegt die Sache nicht. Es kann ja ohne Weiteres eingeräumt werden, daß gelegentlich solcher Vorlagen immer manche Menschen auftreten, die von dem Wunsche beseelt sind, sich selber in den Vordergrund zu stellen, aber im Allgemeinen handelt es sich doch um ein großes intensives Interesse, das sich bei solchen Vorlagen fühlbar macht in weiten Kreisen des Bürgerthums nicht nur, sondern auch in den Kreisen der Arbeiter. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, auch in den Arbeiterkreisen, und die Gefühle, die zum Ausdruck gelangen, erwachsen aus recht nüchternen Interessenerwägungen oder auch aus Patriotismus, aber mit Byzantinismus haben sie nicht das Mindeste zu thun. Meine Freunde erklären sich bereit, die Flotte zu verstärken und über das Gesetz von 1898 hinauszugehen. **Sich bezüglich des Planes der Verstärkung heute schon festzulegen, dürfte aber keinen Zweck haben**, das wird in der Budgetkommission näher zu berathen sein.

Es ist in der Etatsberathung und auch heute in retrospektiven Auseinandersetzungen die Frage aufgeworfen worden, wie es denn möglich sei, daß, nachdem erst im Jahre 1898 die Bewilligung auf sechs Jahre erfolgt sei, man heute schon — also nach zwei Jahren — mit einem neuen Flottengesetz kommen können. Man hat gesagt: Wie kann überhaupt der Staatssekretär nach seinen früheren Erklärungen die jetzige Vorlage vertreten? Nun, meine Herren, man könnte ja sagen: Es ist richtig, die Verhältnisse haben sich seit 1898 nicht geändert, es hätte schon 1898 den Regierungen klar sein müssen, welch ein mächtiges Ringen der großen Mächte um die ausländischen Weltmärkte stattfindet und daß die scharfe Konkurrenz, der wir hierbei von Rußland, Frankreich, Japan und Amerika ausgesetzt sind, die Entfaltung größerer Machtmittel von uns auch schon damals hätte im Gefolge haben müssen, wenn sie heute nothwendig ist. Wenn das richtig ist, wenn die Verhältnisse damals schon so lagen, dann könnte man, meine ich, wohl den Schluß daraus ziehen, daß dann damals allerdings zu wenig gefordert worden ist (sehr richtig!) — und im Lande hat es denn auch in der That manche Leute gegeben, welche die Vorlage von 1898 nicht für ausreichend erachteten und welche bedauerten, daß nicht mehr gefordert worden war. (Sehr richtig!) Es kommt aber auch eine Reihe neuer Gesichtspunkte in Frage. Zunächst der eine, daß im Volke das Verständniß für die Nothwendigkeit der Flottenvermehrung, hervorgerufen durch äußere Vorgänge, gewachsen ist. Niemand kann es leugnen, daß, während sich früher im Volke das Interesse ausschließlich auf das Landheer konzentrirte, es nun in wachsendem Maße sich auf die Marine erstreckt hat. Das konnte natürlich auch die Regierung ermuthigen, mit weiteren Plänen hervorzutreten, mit Plänen, die nach der Ansicht Mancher im Jahre 1898 nur deshalb zurückgestellt wurden, weil man der Meinung war, daß eine Mehrheit im Reichstage dafür nicht zu finden sei. Wir waren ja in den ersten Jahren nach der Gründung des Reichs gewohnt, nur kontinentale Politik zu treiben, und ich erinnere mich noch sehr lebhaft der Gelegenheit, da zum ersten Male das Wort „Weltpolitik" fiel und wie von allen Seiten Proteste dagegen laut wurden. — Ich meine, wenn die Regierung uns freimüthig sagt, das Septennat kann nicht durchgehalten werden, dann können wir diese freimüthige Erklärung nur freudig begrüßen, und wenn sie hervorgegangen ist aus der pflichtgemäßen Erwägung der Interessen des Reichs, dann ist es selbstverständlich, daß sie erfolgen mußte.

Liegt die Sache so, dann ist es nicht angemessen, mit dem Staatssekretär wegen seiner früheren Erklärungen zu hadern. (Sehr richtig.) Nein, wir müssen ihm vielmehr dafür danken, wenn er mit dieser neuen Vorlage die Interessen des Reichs zu wahren bestrebt ist, und wir knüpfen die Hoffnung daran, es möge ihm gelingen, mit demselben Erfolge wie 1898, so auch dieses Mal die Flottenverstärkung herbeizuführen. (Beifall.) Wenn auch wirklich seit dem Jahre 1898 keine Veränderungen der Weltlage eingetreten sind, so muß ich doch hinweisen auf den spanisch-amerikanischen Krieg und auf den Krieg zwischen England und den Boeren. Der spanisch-amerikanische Krieg, mit dem Amerika in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten ist, und der englische Krieg, der vom Zaune gebrochen ist unter der Mißbilligung aller Kulturvölker (Sehr wahr!), sie drängen den Gesichtspunkt in den Vordergrund, daß, wie Graf Bülow bereits einmal geäußert hat, die Reibungsflächen gegenüber früheren Zeiten sich sehr stark vermehrt haben, und daß wir insbesondere damit rechnen müssen, daß bei dem Streit um die auswärtigen Märkte heute leichter kriegerische Entwicklungen, die uns in Mitleidenschaft ziehen, entstehen können als ehedem, und daß wir dafür gerüstet sein müssen. Wir haben doch auch seit der Verabschiedung des Gesetzes von 1898 recht empfindliche Lehren bekommen, die uns darauf hinweisen sollten, daß allerdings der Appell an die Opferwilligkeit der deutschen Nation angebracht ist, wenn es sich um neue Schiffe handelt. Ich verweise kurz auf die Vorgänge vor Manila und Samoa. Sie haben eine deutliche Sprache geredet und weite Kreise des Volkes von der Nothwendigkeit neuer Schiffe überzeugt. Dazu kommt die Beschlagnahme deutscher Schiffe durch England. Wir haben bei der eingehenden Begründung der Interpellation durch meinen Freund Möller gesehen, welche Proteste sich dagegen erhoben. Es hat uns namentlich die Einmüthigkeit des deutschen Reichstags gefreut, in der sich namentlich auch die Sozialdemokratie, wohl zum ersten Male, einer derartigen Aktion, wenn auch nicht angeschlossen, so doch freundlich gegenübergestellt hat. Aber mit derartigen Interpellationen tritt man doch nur recht sachte auf, wenn man nicht die Mittel besitzt, um ihnen nach außen hin den nöthigen Nachdruck zu geben. Wir sind der Ansicht: die allgemeine politische Lage weist uns darauf hin, daß wir stark sein müssen zur See, so stark, daß auch die kräftigste Macht das Risiko bei einem Angriff bedenken muß. Nun hat die Regierung uns ja auch eine Fülle neuen Materials in der Denkschrift über die deutschen Seeinteressen vorgelegt und ausführliche Zahlen angegeben über die Zunahme des deutschen Außenhandels, des Seehandels, der Rhedereien, des im Auslande angelegten deutschen Kapitals u. s. w. Die Behauptung, daß dieses Material schon für die Denkschrift zu der Flottenvorlage von 1898 benutzt worden sei, ist unrichtig. Die Denkschrift von 1898 hat nur die Entwickelung umfassen können bis zum Abschluß des Jahres 1896. Die neue Denkschrift hat dagegen gerade die Vorgänge der Jahre 1897/98 und theilweise auch die des Jahres 1899 berücksichtigt. Das Bild, das uns diese Denkschrifft entrollte von der Entwickelung der deutschen Exportindustrie, von der Entwickelung des deutschen Seehandels, unserer Rhedereien und der deutschen überseeischen Spedition, ist ein so glänzendes, daß es uns alle mit hoher Freude erfüllen muß. Nach der Denkschrift steht Deutschland in der Entwickelung des Seehandels an erster Stelle; England und Frankreich haben in der Steigerung ihres Seehandels nur halb so stark zugenommen, wie Deutschland. Das ist in der That das Bild einer wirthschaftlichen Entwicklung, wie sie selten einem Volke beschieden war. Die Denkschrift zieht auch die Bevölkerungszunahme Deutschlands in Betracht. Wir haben darin Rußland überflügelt und sind den meisten anderen Staaten überlegen. Diese Bevölkerungszunahme ist ein Bild der Gesundheit unseres Volkes. Die Auswanderung bei uns ist erheblich zurückgegangen, und da möchte ich gerade Herrn Frohme gegenüber betonen, wenn sich ein so erheblicher Rückgang der Auswanderung bemerkbar macht, dann müssen sich doch die Tausende und Abertausende deutscher Arbeiter nicht so ganz schlecht fühlen im deutschen Vaterlande, sonst würden sie doch den Staub von ihren Füßen geschüttelt haben. (Sehr wahr!) Man hat gefragt, was die Bevölkerungsvermehrung mit der Flotte zu thun habe. Der Zusammenhang ist aber doch ganz unverkennbar. Die Bevölkerungszunahme macht es uns zur Nothwendigkeit, jährlich im Durchschnitt 8—900 000 Menschen mehr zu ernähren. Diese Ernährung kann aber auf die Dauer nur bei

haben, günstigen Lohnen erfolgen, wenn die Exportindustrie nicht in Verfall geräth. Deshalb ist es wohlgethan, wenn wir Fürsorge treffen für die Aufrechterhaltung des ausländischen Marktes, für den Schutz der deutschen Interessen auf der See und auch für den Schutz unseres Handels im Falle kriegerischer Verwicklung. Aus der Denkschrift ist auch ersichtlich, wie stark unsere Schiffsverkehrsleistungen zugenommen; sie betrugen im Verhältniß zu England im Jahre 1873 erst 100:736, im Jahre 1898 aber hatte sich das Verhältniß bereits auf 100:367 gebessert. Während also früher die englischen Schiffsverkehrsleistungen 7½ mal größer waren als die unsrigen, sind sie heute nur gerade noch dreimal so groß. Diese Zahlen beweisen, daß unsere Schiffsverkehrsleistungen in der That des Schutzes und der Opfer werth sind. Je größer diese Verkehrsleistungen werden, je mehr Deutsche über das Meer ziehen, um mit deutschem Kapital in fremden Ländern Erwerb zu suchen, desto größer wird aber auch die Gefahr von Verwickelungen, desto größer die Nothwendigkeit eines verstärkten Schutzes. Dann kommt weiter die Frage in Betracht: wie werden wir im Falle eines Krieges als Bundesgenossen eingeschätzt? Da liegt es auf der Hand, daß wir in einem solchen Falle namentlich gegenüber einer Nation, der eine überwältige Marine zur Verfügung steht, uns dann wirksam eintreten können, wenn wir selbst in der Lage sind, mit einer starken Marine unsern ganzen Einfluß aufzubieten. Die deutschen Seeinteressen haben die Weltpolitik erzeugt, die Nothwendigkeit einer Flottenverstärkung ist nicht herausgewachsen aus einer Lust, uns an fremden Kämpfen zu betheiligen, sondern aus dem Anwachsen der Aufgaben unserer Wirthschaftspolitik. Auch im Auslande hat man für die Nothwendigkeit einer starken deutschen Flotte viel Verständniß. Ein deutsches Blatt in Oesterreich schreibt z. B.: „Die Deutschen in Oesterreich, denen der Ruhm und das Glück des deutschen Volkes mit am Herzen liegt, wünschen ihm, daß der Reichstag diese Vorlage bewilligen möge." Die „Times" schreiben: Deutschland hat ein Interesse daran, sich eine im richtigen Verhältniß zu seinem Handel und seinen überseeischen Aufgaben stehende Flotte zu schaffen." Ein anderes englisches Blatt sagt: Deutschland ist verhältnißmäßig schwach zur See. Die Staatsklugheit erfordert, daß es eine Art Gleichgewicht von Land- und Seemacht anstrebt. Ohne Opposition wird ja das nicht erreicht werden, aber früher oder später wird es sicher zu einer derartigen Flottenverstärkung kommen". (Hört! hört!) Das sind doch alles Blätter, die an und für sich keine Veranlassung haben, mit freundlichen Augen die Entwicklung unserer Seemacht zu begrüßen, und die doch unabhängig genug sind, zu erklären, daß die verlangte Vermehrung nicht über das Maß des Nothwendigen hinausgeht. Wir werden auch die Vorgänge in anderen Staaten zu berücksichtigen haben. Wir sehen, wie man in England und Frankreich um eine Flottenvermehrung ringt. England und Frankreich sind aber doch auch gute Rechner, die nicht geleitet sind vom Byzantinismus, sondern lediglich von einer wirthschaftlichen Interessenpolitik. Ueber die Entwickelung der deutschen Exportindustrie haben wir auch noch neuerdings durch eine für Baiern, Baden, Würtemberg und Elsaß-Lothringen veranstaltete Enquete werthvolles Material erhalten. Zu den internationalen Konventionen können wir nicht ein so starkes Vertrauen haben, daß wir darum auf eine eigene starke Flotte verzichten dürfen. Der Abg. Richter hat freilich den Zusammenhang der Entwickelung der deutschen Exportindustrie mit der Entwickelung einer starken Kriegsflotte geläugnet; dieser Zusammenhang aber ist selbst von der „Frankfurter Zeitung" anerkannt worden. Für diese ist es gar nicht zweifelhaft, daß die Entwickelung unserer Kriegsmarine in das richtige Verhältniß gebracht werden muß zu der Entwickelung unserer überseeischen Interessen. Für sie ist daher auch das Ob gar nicht mehr zweifelhaft, sondern nur die Frage, ob der gegenwärtige Zeitpunkt für die Verstärkung richtig gewählt ist. Wir müssen angesichts der deutlichen Sprache der Zahlen in der Denkschrift daran festhalten, daß in der That der Zeitpunkt schon jetzt gegeben ist. Hinsichtlich der Verstärkung des Landheeres haben wir im preußischen Landtage wie später im Reichstage Kämpfe genug gehabt, die oft zu einer Berufung an das Volk geführt haben. Aber gerade auf dem Gebiete der Nothwendigkeit der Verstärkung unseres Heeres ist eine wachsende Erkenntniß in unser Volk eingezogen. Die letzten Vorlagen zu diesem Zwecke sind ganz friedlich hier verabschiedet worden, ohne daß es einer Berufung an das Volk bedurfte. Die Politik der Stärkung unseres Landheeres hat den Beweis erbracht, daß die dafür gemachten Aufwendungen nutzbringend angelegt waren, weil sie uns den Frieden erhalten haben auch in kritischen Zeiten. Mit der Erhaltung des Friedens aber ist unser Handel emporgeblüht, mit der Erhaltung des Friedens durch die Jahrzehnte hindurch ist das Gefühl der Sicherheit in unsere Geschäftswelt eingezogen und ein solches Gefühl ist nothwendig, wenn der Unternehmungsgeist im Lande Fortschritte machen soll. Angesichts dieser Thatsache können wir es auch von der Kriegsflotte nicht zugeben, daß die Entwickelung des Seehandels unabhängig von ihr sei. Die Erschließung fremder Märkte ist überhaupt nur möglich, wenn wir die Interessen unseres Handels, wo sie bedroht sind, intensiv wahrnehmen können. Es ist ja allerdings der deutschen Diplomatie gelungen, die Samoafrage zu lösen und aus den Wirren herauszukommen in einer Art, die unseren Wünschen durchaus entspricht, wer weiß aber, ob England, wenn es in dem Boerenkriege siegreich gewesen wäre, uns dasselbe Entgegenkommen in dieser Frage gezeigt hätte, daß dann auch die Frage der beschlagnahmten Schiffe die von uns in der Interpellation Möller geforderte Lösung gefunden hätte. Der Abg. Bebel hat früher oft darauf hingewiesen, daß das Wachsthum des Handels nicht bedingt sei durch die Stärke der Flotte. Das mag zutreffen, so lange friedliche Verhältnisse im Lande sind. Wer bietet uns aber die Garantie, daß bei der Zunahme der Handelsinteressen der verschiedenen Nationen nicht auch wir einmal zu kriegerischen Verwickelungen kommen? Dann müssen wir eine starke Flotte haben; schaffen wir sie nicht, so gleichen wir dem Fabrikanten, der 10 Jahre seine Fabrik unversichert läßt, um die Versicherungssumme zu sparen, dem seine Fabrik aber dann im 11. Jahre abbrennt, sodaß er vielfachen Schaden hat. Man hat auch die Frage aufgeworfen: Wie kommt es denn, daß der englische und französische Handel trotz des Anwachsens der Flotte stehen geblieben sind und sich nicht so entwickelt haben wie der deutsche? Das ist geschehen durch die energische Konkurrenz deutschen Fleißes und deutscher Intelligenz. (Sehr richtig!) In dem Moment, wo wir aber einrücken in die Länder, die bisher als die ausschließliche Domäne Englands oder eines anderen Landes angesehen wurden, tritt ein neuer Faktor auf, der Neid, das Mißbehagen über die Konkurrenz, das sich bei allen Mächten breit macht, die durch unser Vordringen benachtheiligt werden. Deshalb haben wir auch in den letzten Monaten aus England oft den Ruf gehört: „Schlagt doch die deutsche Flotte todt, dann wird auch der deutsche Handel vernichtet." Das hat nicht nur in einer, sondern in sehr vielen englischen Zeitungen gestanden. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß die Flottenverstärkung zum Schutze unserer Küste nothwendig ist. Es ist daran erinnert worden, daß in dem Kriege zwischen den amerikanischen Nord- und Südstaaten gerade die Unterbindung des Seeverkehrs der Südstaaten, die den Nordstaaten damals gelungen ist, wesentlich mit die Ursache war, daß der Krieg so ausgegangen ist. Man hat nun gegenüber dem weitgehenden Plan der Regierung ein Argument aufgeworfen, welches bis zu einem gewissen Grade seine Berechtigung hat, und dies Argument ist namentlich in der „Freisinnigen Zeitung" hervorgehoben worden. Man hat gesagt: Wie kann man heute entscheiden, was in 8, 12, 16 Jahren gebaut werden soll? Diese Schwierigkeit wird ja auch in der Regierungsvorlage anerkannt; es ist in ihr nur in großen Zügen ein Plan entworfen worden, der im Einzelnen der jährlichen Bewilligung bei der Etatsberathung überlassen bleibt. Aber das muß ich doch sagen, daß die Genehmigung eines Programms, mag es nun für 16 Jahre oder vielleicht für eine etwas kürzere Zeit aufgestellt werden, den festen Willen der Volksvertretung dokumentiert, in einem bestimmten Tempo mit der Verstärkung der Flotte vorzugehen. Es ist nothwendig, daß unsere Flotte planmäßig ausgebaut wird, daß planmäßig für eine Zeit lang bestimmt wird, was für die Flotte geschehen soll. Gewiß bringt die Technik immer neue Fortschritte. Aber das kann uns doch nicht etwa veranlassen, erst das Idealschiff der Zukunft abzuwarten. Natürlich müssen wir uns auch bei den späteren Bewilligungen stets fragen, was der Fortschritt der Technik verlangt. Aber auch der frühere Staatssekretär des Reichsmarineamts hat seine Meinung dahin ausgesprochen, daß zwar die Schiffsmaschinen leistungsfähiger gemacht werden können, daß manche Verbesserungen im Einzelnen erfolgen werden, daß aber das Linienschiff durch eine andere Schiffsgattung nicht verdrängt werden, daß der Kreuzer in seinem Charakter nicht verändert werden kann.

Was nun den Entwurf der verbündeten Regierungen selbst anlangt, so stellt sich derselbe eigentlich nur dar als ein Programm, das eine Bindung nicht enthält. Die Bewilligung der einzelnen Schiffe, die Deckung der Kosten soll in den einzelnen Jahren geregelt werden. Es ist durchaus loyal, daß von Seiten der verbündeten Regierungen uns klar gesagt wird, welche Absichten sie für die kommenden Jahre hat, daß sie für diese Absichten die Anschauung des Reichstags kennen lernen will, um, falls sie gebilligt werden, wenigstens die moralische Gewißheit zu haben, daß die Bewilligung in den kommenden Jahren nicht ausbleiben wird. Es ist unzweifelhaft von Vortheil, wenn beim Bau unserer Flotte nicht sprunghaft vorgegangen wird, wenn nicht in einzelnen Jahren der Etat plötzlich eine starke Belastung für Flottenausgaben erfährt und verhältnißmäßig viel Schiffe vom Stapel gelassen werden müssen, während in anderen Jahren eine vollständige Stockung im Bau von Schiffen eintritt. Wir werden ja den Entwurf eingehend in der Kommission erörtern. Wir werden auch zu erwägen bereit sein, ob es nicht richtiger ist, vielleicht von so langen Zeiträumen abzusehen, sich auf kürzere Zeit zu beschränken und dafür eine feste Bewilligung der Schiffe in Aussicht zu nehmen. Das hat unter Umständen große Vortheile und würde namentlich manchen Streit bei den jährlichen Verhandlungen ersparen. Die Vorlage der Regierung giebt dem Reichstage Gelegenheit, in jedem Jahr die Schiffe neu zu bewilligen, die Deckungsfrage von neuem zu erörtern und zu erwägen, was auf die laufenden Einnahmen und was auf Anleihen gelegt werden soll.

Was die Deckungsfrage anlangt, so wird ihre Lösung manche Schwierigkeit bieten. Diese Frage wird in der That in der Kommission auf das eingehendste erörtert werden müssen. Die Begründung sieht ja vor, daß eine Mehrbelastung des Jahresetats für jedes Jahr um immer weitere 11 Millionen eintritt. Da läßt sich in der That die Frage aufwerfen: werden thatsächlich die Einnahmen in dem Maße wachsen, daß man diese Mehrausgaben aus den laufenden Einnahmen wird decken können? Eine Betrachtung des Zeitraums von 1885 bis 1899 ergiebt, daß in diesen Jahren die durchschnittliche Steigerung der Einnahmen 28 bis 29 Millionen betragen hat, während die Flotten-Novelle nur eine pro Jahr um 11 Millionen steigende Mehrbelastung voraussetzt. Die Frage, wie lange diese Steigerung anhalten wird, kann ja allerdings niemand beantworten. Man kann aber doch sagen, daß, wenn die Bevölkerungszunahme in demselben erfreulichen Maße sich weiter vollziehen wird, wie bisher, daß man dann auch wohl erwarten kann, daß die Einnahmen fortgesetzt weiter wachsen werden. Nun hat der Abg. Richter mit Recht gesagt: Es kommen ja nicht nur die Flottenausgaben in Frage, sondern die übrigen Ausgaben werden auch zum großen Theile steigen. Aber auf der anderen Seite muß doch angenommen werden, daß das Wachsen der Einnahmen ein bedeutend stärkeres sein wird, als dasjenige, was für die Flotte aufgewandt werden muß. Wir können ja vielleicht auch die begründete Hoffnung aussprechen, daß wir in den kommenden Jahren mit großen Mehrausgaben für das Landheer verschont bleiben werden, nachdem wir mit großer Mehrheit die Neuorganisation der Artillerie und die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der Infanterie im vorigen Jahre bewilligt haben. Unsere Beziehungen zu den kontinentalen Mächten sind ja auch derartige, daß wir in den nächsten Jahren weitere Heeresverstärkungen nicht vorzunehmen brauchen. Wir sind bereit, in der Kommission in Erwägung darüber einzutreten, ob es möglich ist, zu einer gesetzlichen Festlegung darüber zu kommen, welche Summen aus den laufenden Mitteln gezahlt, welche Aufwendungen aus Anleihen gedeckt werden sollen, und ob es nicht richtiger ist, eine größere Quote auf die laufenden Einnahmen zu verweisen. Es wird ja von einer Reihe von wissenschaftlichen Autoritäten als wünschenswerth bezeichnet, die laufenden Einnahmen stärker in Anspruch zu nehmen. Herr Abg. Schädler hat gesagt, das Centrum werde der Deckungsfrage seine volle Aufmerksamkeit zuwenden und sich auch nicht mit einer negativen Lösung der Deckungsfrage begnügen, sondern auf einer genauen Festsetzung darüber bestehen, wie die Ausgaben bezahlt werden sollen. Wir sind bereit, alle derartigen Vorschläge wohlwollend zu prüfen. Es dürfte aber doch schwer sein, auf Jahre hinaus eine positive Lösung der Deckungsfrage zu finden. Wahrscheinlich wird uns doch nur übrig bleiben, was uns im Jahre 1898 übrig geblieben ist, nämlich, die Frage nur nach der negativen Seite hin festzulegen und wiederum zu beschließen, daß auf gewisse Einnahmen nicht zurückgegriffen werden kann. Es ist damals der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß die Kosten der Verstärkung nicht auf die schwächeren Schultern gelegt werden dürfen, und auf den Antrag des Herrn Abg. Beuniglsen ist eine besondere Bestimmung in diesem Sinne in den § 8 des Flottengesetzes aufgenommen worden. Wir werden dafür sorgen müssen, daß diese Bestimmung des § 8 auch auf die uns jetzt beschäftigende Novelle Anwendung findet.

Was die Stimmung gegenüber dieser Vorlage anlangt, so waren allerdings die Ausführungen des Herrn Abg. Schädler nicht sehr freundlich. Aus den Aeußerungen der Centrumspresse hatten wir in den letzten Tagen einen anderen Eindruck bekommen, nämlich den, daß auch innerhalb des Centrums vielfach die Nothwendigkeit der Verstärkung der Flotte zugestanden wird. Wir haben in den letzten Jahren oft mit dem Centrum zusammengehen können. Wir haben bei dem bürgerlichen Gesetzbuch zusammengewirkt und bei den übrigen Gesetzen, die uns die rechtliche Einheit gegeben haben. Wir haben bei der Militärstrafprozeßordnung zusammengestanden. Und auch bei der letzten Flottenvorlage sind wir Hand in Hand gegangen. Wir verkennen nicht die großen Verdienste, die sich hier speziell der Herr Abg. Lieber erworben hat, und ich schließe mich dem Wunsche des Herrn Abg. Schaedler, daß Herr Dr. Lieber wieder genesen möge, gern an. (Beifall im Centrum.) Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß es uns gelingen wird, mit dem Centrum in dieser Frage auf einen gemeinsamen Boden zu kommen. Es sind in diesen Tagen eine Reihe von Steuerprojekten in den Zeitungen zur Sprache gekommen. Man hat wieder hingewiesen auf eine Reichseinkommensteuer, bestimmt, die großen Einkommen zu treffen, die etwa über 6000 Mark hinausgehen; man hat die Reichserbschaftssteuer in den Vordergrund gerückt, und man ist auch wieder auf die Reichsvermögenssteuer zurückgekommen. Wir sind prinzipiell bereit, alle diese Vorschläge zu prüfen. Auf der anderen Seite aber verhehlen wir uns nicht die Schwierigkeiten, welche allen diesen Vorschlägen entgegenstehen und die darin liegen, daß ein erheblicher Widerstand gegen eine derartige direkte Besteuerung durch das Reich im Bundesrath und bei großen Parteien des Reiches sich erheben wird. Der gangbarste Weg wäre vielleicht noch die Reichs-Erbschaftssteuer. Wir werden alle diese Vorschläge in der Kommission eingehend zu prüfen haben. Wir müssen aber vor Allem und unter allen Umständen vorlegen, daß eine Garantie dafür geschaffen wird, daß auf gewisse Konsumartikel nicht zurückgegriffen wird.

Es kommt aber noch ein höherer Gesichtspunkt in Betracht, und das ist der: Was sollte daraus werden, wenn wegen derartiger großer nationaler Fragen der Reichstag aufgelöst würde, wenn er vielleicht einmal, vielleicht auch das zweite und dritte Mal aufgelöst würde? Wir wollen doch nicht außer Acht lassen, daß wir vielleicht in der Regierung und im Parlament einzelne Elemente haben, die sehr gern einen Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung sehen, und daß Konflikte gerade auf dem Gebiete großer nationaler Fragen die schwersten sind, darüber kann doch wohl kein Zweifel bestehen. Daß das Suchen nach dem starken Mann und alle diese auf einen Konflikt hinzielenden Bestrebungen durch eine Reichstagsauflösung wegen nationaler Fragen einen besseren Nährboden erhalten, das läßt sich nicht bestreiten. Dieser höhere Gesichtspunkt der ruhigen Weiterentwicklung des politischen Verhältnisses Deutschlands, das Ausschalten von Kämpfen, wie sie die Reichstagsauflösung der Nation bringt, all' das wird jedenfalls das Centrum bei seiner endgiltigen Entscheidung nicht außer Acht lassen.

Die Stellung der freisinnigen Volkspartei wird ja wohl eine ablehnende sein, vielleicht nicht in der Richtung, daß sie sagt: wir werden jede Vermehrung der Flotte zu jeder Zeit ablehnen, wohl aber in der Richtung, daß sie sich unter keinen Umständen auf einen Plan auf Jahre hinaus festlegen wird. Ich möchte bezweifeln, ob Herr Richter in dieser Frage seine Freunde im Lande hinter sich hat; die Aeußerungen in der Presse, die letzte große Versammlung in Berlin werden ihm doch zu denken geben. Ja, ich glaube sogar, daß in der Reichstagsfraktion recht erhebliche Zweifel herrschen ob die Politik des Herrn Richter die richtige ist. (Lachen bei der freisinnigen Volkspartei. Abgeordneter Richter ruft: Ammenmärchen!) Dem Zuruf „Märchen" halte ich gewisse Aeußerungen gegenüber. Die Herren werden ja nicht anders stimmen, als Herr Richter ihnen empfiehlt. (Große Heiterkeit.) Ich gebe zu, seine machtvolle Persönlichkeit wird in der Lage sein, auch bei dieser Gelegenheit wieder die schwankenden Weiden zu halten, (Heiterkeit), er möge aber daran denken, daß er vielleicht einmal nicht mehr den Feldherrnstab in der Hand haben wird. Bedauerlich ist es, wie Herr v. Bennigsen einmal gesagt hat, daß die liberalen Parteien sich in großen nationalen Fragen nicht zusammenfinden können, und daß namentlich dann, wenn es in Folge einer nationalen Frage zur Auflösung kommt, die Gesammtinteressen der liberalen Parteien Schaden leiden. (Sehr richtig! bei den National-Liberalen.)

Noch ein Wort über die Interessen der Arbeiter. Herr Dr Francke, der Herausgeber der „Sozialen Praxis," ein guter Kenner der Arbeiterverhältnisse, ein Mann, der seit Jahren die Interessen der Arbeiter vertritt, der also wohl den Charakter eines Arbeiterfreundes hat, weist in längeren Ausführungen nach, daß gerade der Bau von Schiffen den Arbeitern Beschäftigung und reichlichen Verdienst giebt, namentlich den Arbeitern in der Maschinenindustrie, wo die Löhne recht erheblich sind, und zwischen 1000 und 1300 Mk. pro Jahr betragen. Er weist nach, daß viele Millionen an Böhmen jährlich in Folge der Flottenvorlage den Arbeitern zufallen. Aber auch im sozialdemokratischen Lager sind Stimmen laut geworden, die sich mit den Ausführungen des Kollegen Frohme nicht einverstanden erklären. (Zuruf bei den Soz.: Wo denn?) Ich verweise auf den Artikel von Erich Rother in den Sozialistischen Monatsheften. Allerdings ist Herr Rother vom „Vorwärts" abgeschüttelt; allein es ist in demselben Organ ein zweiter Aufsatz erschienen von Ernst Frei, der Herrn Rother ausdrücklich „Genossen" nennt. Die „Sozialistischen Monatshefte" sind zweifellos eine Zeitschrift, die sozialdemokratischen Tendenzen huldigt. Ich kann mich zum Beweis dafür auf den Abg. Schippel berufen, der auf den Vorwurf, in einem gegnerischen Blatte etwas veröffentlicht zu haben, in Hannover ausdrücklich erklärt hat: „Wo ist das gegnerische Blatt? Das Blatt heißt „Sozialistische Monatshefte." Schon der Name klingt nicht nach Gegnern, es ist redigirt von Parteigenossen, und zu seinen Mitarbeitern gehören Wilhelm Liebknecht, Paul Kampffmeier, Heine, Rosa Luxemburg, Ledebour, Molkenbuhr, Katenstein u. a." Also über den Charakter der Zeitschrift kann kein Zweifel sein. Rother sagt, man könne nicht leugnen, daß die ganze Flottenpolitik auch für die Arbeiter von eminenter Bedeutung sei. Nach dieser Aeußerung wird die sozialdemokratische Partei wohl in der Lage sein, für die Vorlage zu stimmen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Mein Freund Dr. Sattler hat bereits bei der ersten Lesung des Etats darauf hingewiesen, daß vielfach bei der Agitation für die Flotte über die Grenzen hinausgegangen ist, die nothwendiger Weise innegehalten werden müssen. Ich habe mich bei einer anderen Gelegenheit ähnlich geäußert. Wenn aber behauptet wird, es sei in der Flottenfrage eine vollständige Haschischstimmung eingetreten, so ist das falsch. Die Begeisterung ist mit elementarer Macht ausgebrochen. Das ist nicht auf den Einfluß der Agitatoren zurückzuführen, die können doch zweifellos die Stimmung nicht erzeugen. Namentlich durch die Samoa-Angelegenheit und durch den Boerenkrieg ist die Stimmung eine ganz andere geworden, als beispielsweise bei der ersten Flottenvorlage. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, sowohl in der Frage der Vermehrung unserer Flotte, als in der Deckungsfrage eine Einigung zu erzielen. Wir werden in sozialpolitischen, in wirthschaftlichen Fragen immer verschiedener Meinung sein und bleiben. Die verschiedenen Meinungen werden da immer auf einander platzen, aber in derartigen großen nationalen Fragen keine Einigung zu erzielen und an die Wähler zu appelliren, wäre verfehlt. (Abg. Singer: Sie haben Angst!). Nein, Herr Singer, wir haben gar keine Angst, denn wir sind überzeugt, daß wir bei einer Auflösung gut fahren würden. (Abg. Singer: Abwarten!) Herr Kollege Singer, Sie werden doch wissen, daß wir bei sämmtlichen Auflösungen wegen derartiger Fragen gute Erfahrungen gemacht haben. (Präsident Graf Ballestrem ersucht, keine Privatgespräche zu führen.) Die Erfahrung spricht dafür, daß wir, wenn wir die Frage der Auflösung ins Auge fassen, nicht von dem Gefühl der Angst erfüllt sind, sondern daß wir guten Muthes die Ansicht der Nation hören können. Ich hoffe, daß wir zu einer Einigung kommen, und schließe mit den Worten: Wer die See beherrscht beherrscht den Handel, und wer den Handel beherrscht, dem gehören die Schätze der Welt und damit die Welt selbst. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Hilpert** (bair. Bauernbund): Meine Freunde werden selbst gegen die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission stimmen. Wäre die Vorlage erst nach dem Abschluß der neuen Handelsverträge gekommen, würden wir vielleicht mit uns reden lassen. Wir sind Patrioten (Heiterkeit), wir haben gegen alle Militär- und Flottenvorlagen gestimmt. (Erneute Heiterkeit.) Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe, wenn die Sozialdemokraten gegen die Flotte stimmen, so thun sie das, weil sie weniger Patriotismus haben als wir. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Sie dürfen keinem Abgeordneten vorwerfen, daß er weniger Patriotismus hat. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. **Hilpert** (fortfahrend): Ich meinte die Sozialdemokraten draußen (Große Heiterkeit).

Präsident Graf **Ballestrem**: Sie haben ausdrücklich gesagt, wenn Sie dagegen stimmen. Ich halte meinen Ordnungsruf aufrecht.

Abg. **Hilpert** (fortfahrend): Die Beschlagnahme deutscher Schiffe erscheint uns als eine abgemachte Sache. (Lachen.) England ist herbeigezogen, um diese Sache in Scene zu setzen. (Erneutes Gelächter.) Ja, wenn Sie keine Zeitungen lesen, können Sie das natürlich nicht wissen. (Schallendes Gelächter.) Herr Bassermann hat selbst gesagt, Deutschland steht an erster Stelle im Seehandel. Nun, wir haben die mittlere Flotte und stehen an erster Stelle, England hat die größte Schlachtflotte und kommt erst an zweiter Stelle. (Lachen.) Hoffentlich wird die Vorlage aus der Kommission nicht wieder herauskommen. Wenn die Deckungsfrage auf die leistungsfähigen Schultern gepackt wird (Stürmische Heiterkeit), dann wird es uns vielleicht nicht geniren, dafür zu stimmen. (Ironischer Beifall.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung der Flottenvorlage auf Freitag 1 Uhr. Schluß 5½ Uhr.

Badischer Landtag.

* **Karlsruhe**, 8. Febr.

(Schluß.)

Abg. **Straub** (nat.-lib.) schließt als Berichterstatter die Generaldebatte mit folgenden Ausführungen: Man könne mit Befriedigung auf die Beratungen zurückblicken, die eine Fülle sachlicher Anregungen gebracht, welche meist bei der Großh. Regierung wohlwollende Aufnahme gefunden. Mit Befriedigung sei besonders zu begrüßen, die Zusage der baldigen Erlassung der Dienstanweisung für die Standesbeamten, die Zusage, daß auch die Dienstanweisung für die Grundbuchbeamten so zeitig erfolgen werde, daß sich diese Beamten und die Ratschreiber noch vor dem Inkrafttreten des neuen Grundbuchrechts damit vertraut machen könnten, ferner die Zusage, daß die Notare auch für die vor 1900 geleisteten, wenn auch nicht abgeschlossenen Geschäfte, nach dem Maß der Leistung vergütet werden sollen, besonders aber die Zusage, daß bei Festsetzung der Gebühren der Ratschreiber als Hilfsbeamte des Grundbuchamtes das weitgehendste Wohlwollen walten und Sorge getragen werde, daß dieselben keine Einbußen in ihren seitherigen Bezügen erleiden. Es komme allerdings nach Schätzung eines Sachverständigen ein Ausfall von mindestens 300 000 M. in Betracht, für deren Ersatz durch die Gebührenordnung gesorgt werden müsse. Zu begrüßen sei auch die Zusage, daß die Ratschreiber schon jetzt für die Einträge in das Hauptbuch eine entsprechend höhere Vergütung erhalten sollen. Weiter sei zu begrüßen, daß die Großh. Regierung die Anforderung für Beiträge an Gemeinden zu den Kosten der Anlegung des Grundbuchs mit 30 000 M. zu überschreiten geneigt sei, wenn sich weitere Zuwendungen an Gemeinden durch irgend welche Gründe rechfertigen ließen. Bezüglich der Notwendigkeit der Gleichstellung der Einzelrichter und Kollegialrichter nicht nur nach Rang, sondern auch in dem Gehaltstarif habe sich vollständige Uebereinstimmung ergeben, der Amtsrichter könne gerade jetzt geradezu ein Segen der Bevölkerung durch geeignete Beratung der Gerichtseingesessenen werden. Dazu sei größere Stetig- in der Besetzung der Amtsrichterstellen nötig; der Amtsrichter wirke durch das ihm entgegengebrachte Vertrauen, das nur durch die Zeit erworben werden könne. Redner bespricht den allzu häufigen Wechsel namentlich in der Besetzung des Amtsgerichts Philippsburg. Hinsichtlich der Dienstvisitation bei den Amtsgerichten stimme er dem Abg. Zehnter zu; bei der vorgeschlagenenen Einschränkung werden Visitationen be älteren Amtsrichtern selten und dann durch Richter vorzunehmen sein, dii der Takt der Landgerichtspräsidenten richtig herausfinden werde. Wie häßlich es im Leben eingerichtet sei, daß neben der Rose des Urlaubes gleich die Dornen der Rückstände stehen, die man noch bei der Rückkehr aufzuarbeiten habe, darauf habe schon der Großh. Staatsminister als auf etwas kaum zu Aenderndes hingewiesen. Um hinsichtlich der Vorzugsrechte und richterlichen Pfandrechte sicher zu gehen, empfehle sich noch neben Wahrung derselben auch noch der Eintrag einer besonderen Pfandverschreibung und entsprechende Weisung an die Ratschreiber wegen Belehrung der Beteiligten. Erfreulich sei die Uebereinstimmung, daß alles geschehen solle, die Stellung der Notare in jeder Beziehung derjenigen der Richter gleichzumachen; die Wichtigkeit des Berufs des Notars trete gerade jetzt besonders hervor; der Notar habe bei Abfassung von Verträgen, namentlich von Eheverträgen, die große Tragweite jeder einzelnen Bestimmung sorgfältig zu erwägen und müsse deshalb das neue Recht vor allem beherrschen. Schon die Möglichkeit eines nicht erschwerten Uebertritts in die richterliche Carriere werde da, wo überhaupt noch Vorurteile betreffend der Gleichwertigkeit der Notare mit den Richtern bestehen, wesentlich beitragen, dieses Vorurteil zu zerstreuen; ein Notar, dem sein Beruf lieb sei, werde ihm umso mehr treu bleiben können, wenn er sagen könne, es stehe ihm jederzeit der Uebertritt in den Richterstand offen. Was den Fall von Furtwangen betreffe, komme es wohl wesentlich darauf an, ob die Ablehnung, mit dem Herrn Bischof zu speisen, in einer Weise geschehen, daß letzterer die Ablehnung selbst mit angehört oder mitanhören mußte, also einen demonstrativen Charakter trug oder nicht. Was die Kanzleiaufsicht bei größeren Amtsgerichten anlange, empfehle es sich auch hier, wie bei den größeren Bezirksämtern, Beamte oder Kanzleisekretäre nach F 5 des Gehaltstarifs anzustellen. Schließlich möchte Redner sich noch entschieden gegen die Erörterung einer künftigen Uebertragung der Grundbuchführung an die Amtsgerichte aussprechen; es sei nicht wohlgethan, diese Frage, wenn auch nur als Möglichkeit zu erörtern, gerade jetzt, kurz nach der glücklichen Vereinbarung zwischen den gesetzgebenden Faktoren im Sinne der Errichtung der Grundbuchämter für jede Gemeinde, und gerade jetzt, wo den Ratschreibern von berufenster Seite die Anerkennung ausgesprochen worden sei, daß sie die Vorbereitungsgeschäfte für das neue Grundbuch mit größtem Eifer und Geschick besorgt haben. Man solle nun doch einmal die Erfahrung abwarten, die darthun werde, daß die weitere Entwickelung des gewählten Systems eher in der Richtung einer Erweiterung, als in einer Einschränkung der Befugnisse der Hilfsbeamten sich bewegen werde. Die Bevölkerung werde uns Dank wissen, daß wir den Mut einer selbständigen Regelung unserer Grundbuchsorganisation gehabt hätten; sie werde sich bewähren, wie sich auch die frühere, von der preußischen verschiedene, bewährt habe.

In der Spezialberatung werden Titel I — Ministerium — mit 334 650 M., Titel II — Oberlandesgericht — mit 374 270 und Titel III — Landgerichte — mit 1 708 390 M. genehmigt. Hierbei tritt

Abg. **Wittum** (nat.-lib.) für die Errichtung eines Handelsgerichts in Pforzheim ein und weist darauf hin, daß ein vieljähriger, auch schon oft in der Kammer vertretener Wunsch der Interessenten vorliegt. Die Verhältnisse der Industrie sind in Pforzheim so verwickelte, daß es für einen anderen Richter äußerst schwierig ist, sich in dieselben richtig hineinzudenken.

Staatsminister Dr. **Nokk** sagt nochmalige wohlwollende Prüfung dieser Frage zu. Die Bedeutung Pforzheims als Industriestadt werde von der Regierung nicht verkannt.

Abg. **Frank** (nat.-lib.) bemerkt, daß Pforzheim umso mehr Anspruch auf ein Handelsgericht habe, als es bei Errichtung des Heidelberger Landgerichts übergangen worden sei. Pforzheim müsse bei Errichtung der Handelsgerichte in erster Linie berücksichtigt werden.

Es wird weiter genehmigt Titel IV — Staatsanwaltschaft — mit 496 180 M. Beim Titel V — Amtsgerichte und Notare — Anforderung 5 398 240 M. anerkennt.

Abg. **Obkircher** (nat.-lib.) die Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Gerichtsschreiber, deren Anstellungsverhältnisse indessen noch immer sehr mißliche seien. Es kann geholfen werden, wenn man eine erste Klasse dieser Beamten schafft und eine Anzahl zu Bureauvorstehern an den größeren Amtsgerichten ernennt. Der Redner tritt für Ermäßigung der Gebühren bei vormundschaftlichen Rechtsgeschäften ein. Auf die Pauschalgebühr des neuen Rechts sollte man die bereits nach dem alten Recht bezahlten Gebühren aufrechnen.

Abg. **Straub** (nat.-lib.) spricht den Wunsch aus, daß bei den durch die Grundbuchführung nötig werdenden Neuerrichtungen auch wieder in Stetten a. k. M. eine Notarsstelle errichtet werde.

Ministerialrat Dr. **Trefzer**: Das Ministerium wird auch künftig darauf Bedacht nehmen, die Gerichtsschreiber besser zu besolden und sie andern Beamten gleich zu stellen. Schwieriger ist der vom Abg. Obkircher angeregter Punkt, bezüglich der Vormundschaftsgebühren. Zuständig sind in dieser Sache die Gerichte, deren Sache es auch ist, die Frage der Gebühren zu beantworten. Das Ministerium wird sich indessen mit der Finanzbehörde ins Benehmen setzen und gern die Hand bieten, eine Ungerechtigkeit, wo sie vorliegt, aus der Welt zu schaffen. Wenn zu den Notariatsgeschäften in Meßkirch noch die Grundbuchgeschäfte treten, so ist es geboten, das durch die Terrainverhältnisse sehr geeignete Stetten a. k. M. wieder zum Notariatssitz zu machen, was im Laufe des Sommers geschehen wird.

Abg. **Hennig** (Centr.) tritt dafür ein, die Wohnungsverhältnisse des Amtsgerichtsdieners in Gengenbach zu verbessern.

Abg. **Dieterle** (Centr.) äußert den Wunsch, auch in der Gemeinde Kirchzarten wieder ein Notariat zu errichten.

Ministerialrat Dr. **Trefzer**: Die Verhältnisse liegen für diesen Wunsch nicht sehr günstig. Das bezügliche Gesuch der Gemeinde unterliegt noch der Prüfung. Gegen ein früheres Gesuch haben sich aus Gründen, die auch jetzt noch zutreffen werden, die staatlichen Bezirksstellen ausgesprochen. Es ist schwer, auf kleine Orte Beamte zu bringen und sie dort zu halten; auch sind die Verhältnisse in Kirchzarten nicht so schlimm, wie in Stetten a. k. M., deßhalb wird es schwieriger sein, in Kirchzarten ein Notariat zu errichten.

Abg. **Armbruster** (Centr.) wünscht Wiedererrichtung eines Notariats in Herbolzheim und legt die einschlägigen Verhältnisse dar.

Abg. **Wacker** (Centr.) tritt ebenfalls für die Errichtung eines Notarits in Kirchzarten ein, das sich der Lage nach sehr dazu eigne und ein beliebter Wohnort sei. Die Gutachten amtlicher Stellen seien nicht allein maßgebend, sondern das Interesse der Gegend.

Staatsminister Dr. **Nokk**: Die Gutachten werden gerade über das Interesse der Gegend erhoben. Früher war in Kirchzarten die Schwierigkeit der Unterbringung des Notars bezüglich der Wohnung vorhanden. Die Erhebungen werden neu gemacht und es ist nun das wichtige Novum der Grundbuchführung hinzugekommen, das eine andere Beurteilung möglich macht.

Abg. Dr. **Heimburger** (Dem.) weist aus allgemeinen Gesichtspunkten darauf hin, daß man bei Errichtung von Notariaten auch die ehemaligen Notariatsitze Selbach und Ichenheim berücksichtigen könne.

Abg. **Werr** (Centr.) bittet bei Errichtung von Notariaten Hardheim bei Walldürn zu berücksichtigen.

Abg. **Klein** (nat.-lib.) wünscht die Errichtung eines Notariatssitzes in Osterburken, Amt Adelsheim, wo die Verhältnisse sehr geeignet sind.

Abg. **Frank** (nat.-lib.) empfiehlt für Errichtung eines Notariats Tiefenbronn bei Pforzheim und frägt an, ob nicht einer der Pforzheimer Notare seinen Sitz in Brötzingen nehmen könne.

Abg. **Straub** (nat.-lib.) dankt der Regierung für die Erfüllung seines Wunsches, die ihn indessen nicht kalt gegen andere Wünsche mache.

Es wird darauf Titel VI — Allgemeine Ausgaben für Rechtspflege — mit 2 946 700 M. genehmigt. Zum Außerordentlichen Etat, Anforderung 1 204 660 M., frägt

Abg. **Straub** (nat.-lib.) an, ob im nächsten Budget eine Anforderung für das Amtsgericht in Stockach eingestellt werde.

Geh. Ober-Reg.-Rat **Becherer** sagt bei Möglichkeit die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Abg. **Pfefferle** (nat.-lib.) ist bereit, den verlangten nochmaligen Schmerzensschrei für die Errichtung eines Amtsgefängnisses in Emmendingen auszubringen, der hoffentlich der letzte sein werde. Der Redner legt nochmals eingehend die mißliche Lage und den schlechten Zustand des alten Gebäuden klar. Der Ausführung eines Neubaues stehe um so weniger entgegen, als die Platzfrage schon gelöst sei. Die Stadt habe in den letzten Jahren einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Wenn irgend was nötig sei, sei es der Gefängnisbau in Emmendingen und man sollte daran denken, durch Nachtrag den Wunsch der Stadt Emmendingen zu erfüllen.

Abg. **Lauck** (Centr.) unterstützt dringend den Wunsch des Abg. Pfefferle. Die Stadt Emmendingen thue alles, um ein neues Kleid anzulegen und man sollte das alte Gefängnis, diesen schwarzen Punkt an der Bahn bald entfernen. Es liege dies auch im Interesse des Dienstes.

Geh. Ob.-Reg.-Rat **Becherer**: Es ist bereits ein Bauplan und ein Kostenüberschlag gefertigt. Die angeforderte Summe im außerordentlichen Budget ist erheblich, aber sie reicht eben nicht für alle Bedürfnisse. Emmendingen teilt in dieser Beziehung das Schicksal von Säckingen und Breisach, wo die Verhältnisse noch dringender sind. Im nächsten Budget wird, wie ich beinahe sicher sagen kann, eine Forderung für Emmendingen eingestellt sein.

Abg. **Fieser** (nat.-lib.) schildert auch die schlimmen Verhältnisse bezüglich der Lage des Gefängnisses in Emmendingen. Ein förmlicher Gegenstand des Aergernisses sei die Ueberführung der Gefangenen vom Amtsgericht zum Gefängnis und umgekehrt. Bei der Zusage der Regierung könne man sich indessen beruhigen.

Abg. **Eder** (Dem.) wiederholt die in der Generaldebatte gemachten Ausführungen über die mißliche Lage des Schwetzinger Amtsgefängnisses und wünscht dessen Verlegung.

Abg. **Straub** (nat.-lib.) unterstützt die Ausführungen des Abg. Pfefferle, weist aber darauf hin, daß Stockach seine Bedürfnisse noch früher geltend gemacht habe.

Abg. **Geppert** (Ctr.) dankt der Regierung für Einstellung eines Postens für das Amtsgefängnis in Oberkirch.

Abg. **Blümmel** (Ctr.) begründet einen von ihm und mehreren anderen Abgeordneten verschiedener Parteien unterzeichneten Antrag auf der Wahl eines anderen Bauplatzes für das Amtsgefängnis in Säckingen. Man könne das Gefängnis mit kleiner Drehung an den jetzigen Platz stellen; außerdem sei in der Nähe ein altes Oekonomiegebäude, der sogenannte Bruderhof, dessen Platz dazu verwendet werden könne.

Geh.Ob.-Reg.-R. **Becherer**: Anfänglich war beabsichtigt ein Teil des alten Gefängnisses zum Neubau zu nehmen. Man hätte jedoch dadurch andern staatlichen Gebäuden die Aussicht und den Beamten die Dienstgärten entzogen; deshalb mußte man einen andern Platz suchen. Das bezeichnete Oekonomieanwesen konnte nicht genommen werden, weil eine platzraubende Straßenkorrektion beabsichtigt ist; es lagen auch sonstige Einwendungen vor, weßhalb man einen Platz außerhalb der Stadt wählen mußte.

Abg. **Gießler** (Centr.): Die Kommission hat nachträglich erst erfahren, daß der Gemeinderat nicht mit der Platzfrage einverstanden ist. Sie will nicht haben, daß ein schöner Platz mit dem Gefängnis verunziert wird und ist auch bereit, Mehrforderungen, die nötig fallen, zu bewilligen.

Abg. **Fieser** (nat.-lib.): Ich bin ebenfalls der Ansicht, daß man der aufblühenden Stadt einen Platz mit dem Gefängnis nicht entwerten kann. Der Gemeinderat muß aber auch die Mittel besitzen, halsstarrige Mitbürger zum Nachgeben zu bringen, sodaß nur annehmbare Preise für die Plätze gefordert werden.

Abg. **Blümmel** (Centr.) dankt den Unterstützern seines Antrags und bittet demselben zuzustimmen.

Der Antrag Blümmel und Genossen wird darauf einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung $^3/_4$2 Uhr.

Nächste Sitzung Samstag vormittag $^1/_2$10 Uhr: Tagesordnung: 1. Anzeige neuer Angaben. 2. Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budget-Kommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1900 und 1901 Titel 1 bis 6, sowie 11 und 12 der Ausgaben und Titel 1 der Einnahmen. Berichterstatter: Abg. Straub. 3. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1900 und 1901 Titel 7 der Ausgaben und Titel 2 der Einnahmen (Strafanstalten). Berichterstatter: Abg. Breitner.

Verantwortlicher Redakteur: Felix v. Eckardt, für Reklamen und Inserate: Ludwig Sorbach, beide in Karlsruhe.

Spielplan für die Zeit vom 13. bis mit 19. Februar 1900.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Dienstag, 13. Febr. 17. Vorst. außer Ab. Große Preise. **„Götterdämmerung"** in einem Vorspiel und 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende nach 11 Uhr.

Donnerstag, 15. Febr. **Abonnements-Abtlg. A.** 36. A.-V. (Kleine Preise.) **„Heimat"**, Schauspiel in 4 A. von Hermann Sudermann. Anfang 7 Uhr, Ende gegen $^1/_2$10 Uhr.

Freitag, 16. Febr. **Abonnements-Abtlg. B.** 36. Ab.-V. (Mittel-Preise.) **„Mignon"**, Oper in 3 Akten von Michel Carré und Jules Barbier, deutsch von Ferdinand Gumbert, Musik von Ambroise Thomas. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Samstag, 17. Febr. **Abonnements-Abtlg. C.** 36. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) Zum erstenmale: **„Der Herr im Hause"**, Lustspiel in 4 A. von Paul Lindau. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Sonntag, 18. Febr. **Abonnements-Abtlg. A.** 37. A.-V. (Mittel-Preise.) **„Der Bajazzo"** Drama in 2 Akten und einem Prolog. Dichtung und Musik von R. Leoncavallo, Deutsch von L. Hartmann. — **„Der Barbier von Sevilla"**, komische Oper in 2 A. Musik von Rossini. — Rosine: Frl. Elisabeth Wagner von hier als Versuch. Anfang $^1/_2$7 Uhr.

Der Verkauf der Eintrittskarten zu dieser Vorstellung findet bis längstens 5 Uhr nachmittags des der betreffenden Vorstellung vorhergehendes Tages an Werktagen jeweils von $^1/_2$10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 3—5 Uhr nachmittags zum Kassenpreise zuzüglich 35 Pf. Vorverkaufsgebühr für jede Karte an der Vorverkaufsstelle des Hoftheatergebäudes, Eingang Stadtseite, statt: Bei schriftlicher Bestellung ist der Betrag für die Karten und die Vorverkaufsgebühr (s. o.), sowie das Porto für Antwort an die Vorverkaufsstelle des Großh. Hoftheaters einzusenden. Nur von Auswärtswohnenden werden schriftliche Bestellungen angenommen.

Der Verkauf der Eintrittskarten zur 18. Vorstellung außer Ab. zu ermäßigten Preisen (Dutzendkarten giltig) am Samstag, den 24. Febr. „Maurer und Schlosser" und zur 19. Vorstellung auß. Ab. zu kleinen Preisen am Fastnacht-Dienstag, den 27. Febr., Anfang 11 Uhr vorm. „Max und Moritz" und „Die Puppenfee" findet statt: an die Abonnenten des Großh. Hoftheaters zur 18. Vorst. außer Ab. am Montag, den 19. Febr. von 11—1 Uhr mittags (Reihenfolge C. A. B.), zur 19. Vorst. außer Abonnement am Mittwoch, den 21. Febr. von 11—1 Uhr mittags (Reihenfolge A. B. C.); der allgemeine Vorverkauf zur 18. Vorstellung außer Ab. von Dienstag, den 20. und zur 19. Vorst. außer Ab. von Donnerstag, den 22. Februar an in den für den Vorverkauf angesetzten Stunden (s. o.).

Bei der 19. Vorst. außer Ab. (Fastnachtsdienstag-Vormittags-Vorstellung) „Max und Moritz" und „Die Puppenfee" ist es gestattet, daß eine erwachsene Person ihren Platz mit einem Kinde teilt, oder daß für zwei Kinder nur eine Eintrittskarte gelöst wird.

Zum Backen und Kochen
mit Zucker fein verrieben, in den seit 25 Jahren bekannten Päckchen zum Hausgebrauch.
1 Päckchen 20 Pfg.
5 „ 75 „
Koch- und Backrecepte, verfasst von Lina Morgenstern, gratis.

D. R. G. M.
Neu! Kugel-Vanille
in Kugeln, dosirt, dass eine Kugel 1 Tasse Thee, Milch, Kaffee, Cacao auf's feinste vanillirt, wodurch deren Wohlgeschmack überraschend gehoben wird.
Beutel mit 15 Kugeln 10 Pfg.

Bestreuzucker
zum Bestreuen des Gebäcks an Stelle von Vanille-Zucker, in Beuteln à 10 Pfg.
Alle diese Packungen echt und unter Garantie des Originalproductes der Erfinder des Vanillin, wenn mit Namen **Haarmann & Reimer** versehen.

Haarmann's Vanillin ist absolut frei von den schädlichen und nervenaufregenden Bestandtheilen, die in der Vanille enthalten sein können, dabei wohlschmeckender und unendlich viel billiger als Vanille-Schoten.

Generalvertreter: **Max Elb in Dresden.**

Zu haben in **Karlsruhe** bei:
A. Baumann Nachfolger, M. Raschdorff, Amalienstraße 51,
Hermann Baumann, Kreuzstr. 10,
W. Baum, F. Reis Nachfolger,
A. L. Beck, Kaiserstr. 150,
Gust. Bender, Lammstr.,
Fr. Benzel,
Gustav Bronner Wwe.,
L. Burkhardt, Friedensstr. 1,
C. Cartharius,
Julius Dehn Nachf.,
H. Dobmann, Kaiserstraße,
L. Dörflinger,
Dr. H. Eitel, Apotheker,
W. Erb, am Lidellplatz,
C. Frohmüller,
Carl Hager, Erbprinzenstraße,
Eugen Helff,
M. Hofheinz,
Julius Kammerer, Kaiserstr. 19,
A. Kientz, Gartenstraße 37,
Karl Klingmann,
Adolf Körner, Droguist,
A. Kühn, Schützenstr. 13,
Gerhard Laspe,
Rud. Langer, Joh. Ried Nachf., Waldhornstr. 4,
Lebensbedürfnis-Verein,
Fritz Leppert, Amalienstr.,
A. Loesch,
Ludwig Löhle Nachf.,
Emil Lorenz, Lessingstr. 44,
Fr. Maisch Sohn,
Fr. Maisch, Waldstr.,
Otto Mayer, Schützenstr.,
Gottl. Mayer, Durlacher Allee,
Gustav Merkel, J. B. Klingele Nachf., Kaiserplatz,
B. Merkle,
Eugen Neumann, Kaiserallee 35
F. X. Rathgeb, vorm. Fr. Maisch, Hoflieferant,
Fr. Reich, Kaiserallee,
A. Remshardt,
Carl Roth, Hofdrogerie,
Eug. Roth, Apotheker, Lessingstr. 4,
Albert Salzer,
A. Steinmann,
W. L. Schwaab Nachf.,
W. Spitz,
A. van Benroox,
Hch. Zentner. 361.12.6

In Bretten (Baden): H. Gerber, Apoth.
In Mühlburg (bei Karlsruhe): Apoth. G. Dürr,
„ „ J. Ganser,
Max Hagmann,
„ „ G. Holzwarth,
„ „ August Müller.
„ Durlach (Baden): G. F. Blum,
„ „ J. Jundt, Apoth.,
„ „ J. Seufert Wwe.,
In Durlach (Bd.): Fr. Seufert, Apotheker H. Stein,
„ Ettlingen (Baden): Apoth. H. Husemann,
„ Graben (b. Karlsruhe): Apoth. W. Lindner,
„ Bruchsal (Baden): Anton Bopp,
„ „ F. Reidlein,
„ „ F. W. Nerpel.
„ Bonndorf (Kreis Waldshut): F. Würth Wwe.

Hauptdepôt für Baden, Pfalz und Reichslande: Bassermann & Herrschel, Mannheim.

Interessiert Eltern!

Wie sorgt man am besten und zweckentsprechendsten für das künftige Wohl seiner lieben Kinder.

Die Süddeutsche Versicherungs-Bank für Militärdienst- und Töchter-Aussteuer in **Karlsruhe** übernimmt Kinder-Versicherungen in der Weise, daß die Kapitalien zahlbar werden

a) auf einen vorher bestimmten gewissen Zeitpunkt: 18, 20, 25 2c. Jahr;
b) auf den Hochzeitstag eines Töchterchens;
c) auf den Militärdienst eines Knaben; außerdem
d) Alters-Versicherungen Erwachsener ohne ärztliche Untersuchung.

Je früher der Beitritt erfolgt, desto billiger die Prämie.

Aufhören der Prämienzahlung in früherem Todesfall des Antragstellers. — Vollständige Rückgewähr, falls das versicherte Kind vorzeitig stirbt. — Niedrige Prämien, solide, sparsame Verwaltung, alle Ueberschüsse den Versicherten.

Prospekte versendet franko und jede Auskunft erteilt bereitwilligst

Die Direktion,

Karlsruhe, Schloßplatz 7. 90.3.2

Seit

25 Jahren

unübertroffen
an Vorzüglichkeit ist die undurchsichtige

Beyschlag's Universal-Glycerin-Seife,

mildeste und der Haut zuträglichste Toiletteseife.

Specialität der Firma **P. H. Beyschlag** in **Augsburg.** Per Stück 15, 20 und 30 Pfg. Vorrätig in den meisten Apotheken, Droguen und Seifengeschäften. An Orten, wo dieselbe nicht erhältlich, bitte um direkte Aufträge. Niederlagen werden überall errichtet. 129.24.16

Christ. Oertel, Karlsruhe,

Kaiserstr. 101 103.
Manufakturwaaren-, Betten- und Ausstattungs-Geschäft.

Grosses Lager fertiger Betten, Bettstellen, Bettfedern, Flaum, Rosshaar, Steppdecken, Wolldecken, Piquédecken, Baumwoll- und Leinenwaaren u. s. w.
Uebernahme ganzer Aussteuern.
Ständige Ausstellung von Schlafzimmer-Einrichtungen in allen Stylarten

Billige Preise. — Reelle Bedienung. 192.24.18
Kostenvoranschläge und Muster stets gerne zu Diensten.

Gothaer Lebensversicherungsbank.

Dividende 1899: **30—137** % der Normalprämie.

Preussische Rentenversicherungs-Anstalt.

Leibrente bei einem Beitrittsalter von $60^1/_2$ J. $9^1/_2$ %, $70^1/_2$ J. $14^1/_4$ %, $76^1/_2$ J. **17** %. 308.12.3
In späteren Jahren **mehr** infolge Dividendenberechtigung.
Ernst Wegrich, Karlsruhe, Amalienstr. 40, nächst dem Kaiserplatz.

Druck und Verlag der [illegible] Landeszeitung, G. m. b. H. [illegible] in Karlsruhe.